

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Fernsprecher Nr. 926]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Fernsprecher Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich M. 1.60. Monatlich 55 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069 a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierspaltige Beilage oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, spätere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 134.

Sonntag, den 10. Juni 1905.

12. Jahrg.

Hierzu zwei Beilagen.

## Reaktionäre Ministerarbeit.

Der Reichstag ist auseinandergegangen und hat den Eindruck der Unfruchtbarkeit hinterlassen. Alle seine zur Hälfte oder zu zwei Dritteln vollendeten Arbeiten sind hinfällig und müssen von vorne wieder angefangen werden. In den reaktionären Blättern kann man lesen, diese Volkvertretung sei träge und arbeitsunfähig. Ich weiß man schon von vornherein, daß der Reichstag in seiner nächsten Tagung, von der es heißt daß sie schon im Oktober beginnen soll, mit Arbeiten so sehr bepackt und überladen sein wird, daß er nur den geringsten Teil davon wird erledigen können. Und von neuem wird sich das Geschrei erheben, daß „dieser“ Reichstag nichts taugt.

Wir sind, so schreibt das „Hambg. Echo“, weit entfernt, den Reichstag selbst entschuldigen zu wollen. Der „schreckliche Absentismus“ und die chronische Beschlunsfähigkeit sind Erscheinungen, die den Hohn der ganzen politischen Welt herausfordern. Die Diätenlosigkeit, ruft man, ist es, die alle Arbeiten des Reichstages lähmt. Gewiß, aber warum rafft sich die Mehrheit nicht auf, die Diäten zu erzwingen? Sie hat ja die Macht dazu. Denebels befinden sich unter den gewohnheitsmäßigen „Schwängern“ viele Leute, denen es ihre Mittel ganz wohl erlauben würden, in Berlin während der Sitzungen anwesend zu sein. Aber eben diese Elemente erscheinen nur dann, wenn die Verhandlungen ihre persönlichen Interessen berühren. So gibt es viele Agrarier, die nur dann kommen, wenn es sich um die „Notlage der Landwirtschaft“ handelt. Man sieht dann Gesichter, die ganz fremd erscheinen. Die wenigen aber, die viel anwesend sind, müssen den Hohn der reaktionären Presse über sich ergehen lassen. Zu diesen Agrariern gehörte auch Fürst Bismarck, der als Abgeordneter für Geseßmünde während der dreijährigen Dauer seines Mandats nicht ein einziges Mal im Reichstage erschien; er hat im „Schwänzen“ ein unerreichtes Muster geliefert.

Der Reichstag hat die herbe Kritik, die er erfährt, in reichem Maße verdient, aber damit ist die Sache keineswegs erledigt, denn an der jetzigen Verfahrenheit und Verwirrung ist der Reichstag keineswegs allein schuld. Es sind da geheimnisvolle Kräfte tätig, von denen geschoben wird und von denen Intriguen gesponnen werden im Interesse der Reaktion. Die Fäden dieser Gespinnste sind manchmal recht fein, dem bloßen Auge kaum erkennbar, man muß mit bewaffnetem Auge nach ihnen forschen.

Wie kam es, daß die Arbeiten des Reichstages so sehr gehindert und aufgehalten wurden? Das Präsidium klagte über Mangel an Zeit und Ueberfülle von Arbeit; es wurden sogar die Anträge aus dem Hause in ungewohnter Weise zurückgesetzt, um die laufenden Arbeiten zu fördern. Und dennoch kam es mehrfach dahin, daß längere Pausen gemacht wurden; die Kommissionsarbeiten wurden verzögert. Aus welchen Gründen, das bleibt den künftigen Historikern des deutschen Parlamentarismus überlassen, zu erforschen.

Eine Reaktion mit verborgenen Zusammenhängen in den Mehrheitsparteien arbeitet daran, den auf Grund des allgemeinen Wahlrechts gewählten Reichstag zu diskreditieren. Darüber kann für den, der seine Augen offen hält, kein Zweifel bestehen.

Mancher, der mit am Strange dieser Reaktion zieht, tut dies vielleicht unbewußt. Nicht jeder Zentrumsbauer, der im Reichstage sitzt, wird wissen, was die Spahn und Bachem vorhaben; bei den Nationalliberalen wird ein ähnliches Verhältnis bestehen. Offiziell wird ja ohnehin vom Zentrum und von den Nationalliberalen, von Götter und Wassermann versichert, daß man am allgemeinen Wahlrecht unverrücklich festhalten werde. Aber zuweilen verschnappt sich dann der brave Bachem und versetzt dem allgemeinen Wahlrecht einen Stich. Oder will er langsam auf einen „Umfall“ auch in dieser Frage vorbereiten?

Daß man in den Einzelstaaten gegen das allgemeine Wahlrecht vorgeht, ist ein Symptom, das mit dieser still wirkenden Reaktion im Zusammenhang steht. Wir bemerken das schon vor neun Jahren, als die Wahlrechtsverhinderung in Sachen inszeniert wurde. Nunmehr haben sich die gleichen Strömungen in Hamburg und Lübeck gezeigt. Auch diese Strömungen werden sobald nicht stille stehen. Dazu kommen die unaufhörlichen Angriffe der offenkundigen Junter gegen das allgemeine Wahlrecht und ihre demagogischen Machinationen. Das alles greift ineinander über. Das deutsche Volk hat, wie wir schon öfter betont, durch seine politische Erziehung in den letzten Jahrzehnten den Wert des allgemeinen Wahlrechts kennen gelernt, aber es giebt auch noch maffenhaft rückständige Elemente, denen von den reaktionären Demagogen vorgespiegelt wird, das Volk sei „nicht reif“ für das allgemeine Wahlrecht, und eben diese rückständigen Elemente glauben an ihre eigene Unreife! Auch giebt es konterbaitig gefinnne Bauern, die sich selbst nicht zum eigentlichen Volke rechnen, kraft ihres Hofes, Viehes und Grundstücks, und die darum auch mit Ueber-

zeugung behaupten, das Volk sei für das allgemeine Wahlrecht „nicht reif“.

Die ängstlichen Elemente im Spielbürgerthum aber werden erschreckt durch das Demagogengeschrei: „Man muß vorbeugen, ehe es zu spät ist. Schon hat die Sozialdemokratie drei Millionen Stimmen erhalten, wenn sie weiter so wächst und man sieht unfähig zu, so wird es eines Tages zu spät sein!“

Und der Philister erschreckt und erblickt in den Reaktionären die Ketten des Vaterlandes, die Ketten von Eigentum, Recht, Sitte und Ordnung!

So soll das Fundament, auf dem das allgemeine Wahlrecht ruht, unterhöhlt und der Reichstag selbst in das gekannte Organ für Abschaffung desselben verwandelt werden. Wie weit das gelingen wird, darüber lassen sich heute keine Betrachtungen anstellen. Den Weg, den Hammerstein vorschlug, wird die Regierung nicht so leicht beschreiten. Mit der langsamen Ministerarbeit hofft man zum Ziele zu kommen.

Es ist gut, wenn man allen diesen Symptomen und einer im Dunkeln wühlenden Reaktion gegenüber die Augen stets offen hält.

Der deutsche Parlamentarismus war von je ein schwaches Geschöpf und der Liberalismus hat dasselbe nicht zu kräftigen vermocht. Ein Parlament, das etwas bedeuten will, darf nicht darauf warten, bis ihm gebatene Tauben in den Mund fliegen, oder bis irgend ein wohlwollender Staatsmann kommt, der ihm den Weg ebnet. Es muß seine Position sich selbst erobern und sie behaupten; es muß die Aufgaben der Zeit erfassen. Der deutsche Liberalismus war nicht einmal einer entschiedenen Defensivem fähig. Nun suchen sich die reaktionären Mächte des Parlamentarismus völlig zu versichern, um das allgemeine Wahlrecht auszumerzen. Der Parlamentarismus muß durch den Parlamentarismus selbst ruiniert werden, meinte einst Fürst Bismarck. Die bürgerlichen Parteien haben den besten Willen, dieses Totengräberamt zu übernehmen.

## Politische Standpunkte.

Druckdruck.

Faule Ausrede. Zu dem nationalliberalen Stimmenkauf im Wahlkreis Hameln-Springe wird seitens des nationalliberalen Kandidaten Hausmann im „Hann. Cour.“ folgende Erklärung erlassen: „Am 3. Mai d. J. nach einer Wahlversammlung in Coppenbrügge, trat der Sattler Hohrroth (die als welfischer Vertrauensmann bezeichnete Person) an mich heran mit der Mitteilung, daß er 1903 gelegentlich der Stichwahl zwischen Baurat Wallbrecht und Redakteur Brey eifrig für die Wahl des Herrn Wallbrecht gearbeitet habe, daß er dasselbe tun würde, wenn ich mit Herrn Brey in Stichwahl käme. Da der Mann freiwillig seine Dienste angeboten hatte, ließ ich ihn drei Tage nach der Hauptwahl, am 2. Juni, nach meinem Hause kommen und fragte ihn zunächst, ob es ohnehin seine Absicht sei, 1) für mich bei der Stichwahl seine Stimme abzugeben! 2) ebenso, wie vor zwei Jahren für Herrn Wallbrecht, Wahlausrufe und Stimmzettel nunmehr für mich zu verteilen. Ich stellte dann ferner die Frage: ob er in Anbetracht seines bisherigen Verhältnisses zu der Welfenpartei nunmehr nach der Hauptwahl in den Dienst der nationalliberalen Partei treten könne, ob er Bezahlung für seine, der welfischen Partei geleisteten Dienste erhalten habe. Erst, als ohne jegliche Einschränkung diese von mir verschiedentlich wiederholten Fragen bejaht waren, habe ich Hohrroth für die Zeit bis 7. Juni ebenso engagiert, wie für gleiche Zwecke eine Anzahl anderer Boten für die Partei engagiert sind. In Rücksicht auf die von Hohrroth beim Fortgehen gemachte Bemerkung, daß er zurzeit ohne Geldmittel sei, habe ich mich zur Vorausbezahlung seiner Dienste verstanden. Dieser Mann, der gegen Löhnung die niederen Dienste im Wahlkampfe — wie Ankleben der Bekanntmachungen von Wahlversammlungen, Austragen von Wahlausrufen und Stimmzetteln — besorgt, der gewerbmäßig Botengänge macht, wird nun plötzlich zum Vertrauensmann der welfischen Partei gestempelt.“ — Wenn man diese Erklärung liest, dann muß man unwillkürlich annehmen, daß Herr Hausmann so ungeschuldig wie ein neugeborenes Kind sei. Dennoch aber geben wir auf diese Erklärung nichts und zwar deshalb nicht, weil Herr H. unserem hannoverschen Parteivorstand auf dessen Anfrage eine ganz andere Auskunft, die von der obigen Erklärung in allen Punkten abwich, gegeben hat. Herr H. hat auch nicht, was man doch unbedingt hätte erwarten müssen, unserem hannoverschen Parteivorstand gegenüber die Richtigkeit der über ihn aufgestellten Behauptung energisch bestritten. Uns diesem Grunde erscheint uns das Dementi des nationalliberalen Kandidaten sehr unglaubhaft! — Im hannoverschen Welfenorgan, der „Deutschen Volksztg.“, erzählt der welfische Vertrauensmann, Sattlermeister Hohrroth, Coppenbrügge, in ausführlicher Weise den Hergang: Danach sei er auf Bitten des Herrn Hausmann am Freitag in dessen Wohnung gekommen,

Herr Hausmann habe sofort von der Stichwahl gesprochen und ihn aufgefordert, bei den Welfen zu seinen Gunsten zu agitieren. Die nationalliberale Fraktion des Abgeordnetenhauses habe, wie Herr Hausmann ihm mitteilte, aus freien Stücken für einen Tag auf die ihr zustehenden Diäten verzichtet, die sich insgesamt auf über 1000 M. belaufen. Diese Summe sei ihm, Hausmann, zwecks Förderung seiner Wahl zur persönlichen Verfügung gestellt worden, und davon solle er ihm für jeden Tag bis zur Stichwahl 10 M. geben; 30 M. habe er ihm sofort ausbezahlt, die anderen 30 M. sollte er nach der Stichwahl empfangen. Er, Hohrroth, habe das Geld einwillig angenommen, um einen Beweis dafür in der Hand zu haben, mit welchen Mitteln die nationalliberale Partei arbeite.

Eine Niederlage der Bergwerkprogen. Einen überraschenden Verlauf nahm Mittwoch eine Verhandlung vor der Strafkammer IV in Essen, die sich gegen den Redakteur des dortigen demokratischen „Allg. Beob.“ D. Wallen richtete. Es handelte sich um eine angebliche Beleidigung des Bergmeisters Engel. Engel, der Geschäftsführer des Bergbauvereins für den Oberbergamtsbezirk Dortmund ist, hatte während des Bergarbeiterstreiks eine gehässige, von Unrichtigkeiten strotzende Broschüre gegen die streikenden Arbeiter geschrieben. Im „Allg. Beob.“ war diese Broschüre unter der Ueberschrift „Der Engel der Lüge“ kritisch besprochen, und einzelne Behauptungen Engels waren als blanke Unfug und Schwindel bezeichnet worden. Das Gericht hatte dann auf Engels Antrag Anklage wegen Beleidigung gegen den Redakteur Wallen erhoben. Als Zeugen waren unter anderen erschienen die Reichstagsabgeordneten Gen. Hue, Mollenhuth und Pfanntuch, Redakteur Dr. Busching, München, die Knappschäftsältesten Eckhart-Essen und Wientz-Dortmund, Bergmeister Engel Essen und Bergwerksdirektor Bergasseffor Lütgen Herne. Durch die Zeugenaussagen wurde erwiesen, daß Engel leichtfertigerweise Behauptungen aufgestellt hatte, die mit den Tatsachen in Widerspruch standen. Auch der Staatsanwalt nahm an, daß sich Engel „objektiv geirrt“ habe; er beantragte trotzdem eine Geldstrafe von 150 M. Das Gericht hielt die beledigenden Äußerungen mit 50 Mark für gesühnt, ließ aber in seinem Urteil keinen Zweifel darüber, wie es die Broschüre Engels bewerte. Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Wange verkündete nämlich folgendes Urteil: „Die Beweisaufnahme hat ergeben, daß der Angeklagte den Artikel im „Proboter“ zu vertreten hat. Der inkriminierte Artikel wendet sich gegen die Engelsche Broschüre, die etwa 14 Tage vor Veröffentlichung des Artikels im „Proboter“ im Buchhandel erschienen war. Es kommt in Betracht erstens, daß den Knappschäftsältesten der Vorwurf gemacht wird, daß sie nicht nach pflichtmäßigem Ermessen gehandelt, sondern sich von der sozialdemokratischen Parteileitung beeinflussen lassen; die Beweisaufnahme hat die Unrichtigkeit dieser Behauptung ergeben. Andererseits hat der Gerichtshof angenommen, daß Engel seinerseits geglaubt hat, daß vielfach Einfluß auf die Arbeitervertreter seitens der sozialdemokratischen Parteileitung ausgeübt wird. Er stütze sich dabei auf Annahmen in Arbeitgeberkreisen. Das Vorgehen Engels sei aber als leichtfertig zu bezeichnen, selbst wenn angenommen wird, daß er geglaubt hat, daß Einfluß auf die Arbeitervertreter ausgeübt werde. Zweitens kommt die die Münchener Ortskrankenkasse betreffende Behauptung in Betracht. Festgestellt ist, daß die Resolution, die nach Engels Behauptung in einer Generalversammlung der Kasse gefaßt worden sein soll, in einer anderen Ortslichen Gewerkevereinsversammlung beschlossen wurde. Also auch diese Behauptung Engels ist voll widerlegt worden, aber auch in diesem Punkte kann Engel der gute Glaube nicht abgesprochen werden. Der dritte Punkt betrifft den Vorwurf, daß die Essener Kommission eine Beantwortung ihrer Eingabe nicht erwartet hat. Auch hier hat der Gerichtshof angenommen, daß Engel im guten Glauben gehandelt, da ihm von Busching Ähnliches mitgeteilt worden war. Aber auch in dieser Beziehung hat Engel leichtfertig gehandelt. Weiter ist in der Broschüre behauptet worden, die Arbeiterpresse unterstütze die Bewegung der Arbeiter nur, um zu heizen. Auch diese Behauptung ist durch die Beweisaufnahme als vollständig unrichtig festgestellt worden. Auch hier ist das Vorgehen des Engel als ein leichtfertiges zu bezeichnen. Dem Angeklagten ist der Schuldsatz § 193 zu gebilligt worden, aber der Artikel im „Beob.“ enthalte formelle Beleidigungen, sodaß auf eine Strafe erkannt werden mußte, die mit Rücksicht auf die ganzen Umstände geringer ausfallen mußte, als hier beantragt ist. Es ist auf 50 Mark Geldstrafe erkannt worden, eventuell zehn Tage Haft und auf Publikation des Urteils.“ — Trotz der Verurteilung des angeklagten Redakteurs ist der Bergmeister Engel und mit ihm der Bergbauliche Verein der tatsächliche Verurteilte. Diese Herren dürften ob ihres Sieges nicht sehr erfreulich sein.

Bei der Reichstagswahl im Wahlkreis Hameln-Linden (9. Hannover) wurde der Nationalliberale Haus-

mann mit 14361 Stimmen gewählt. Wisse Wren erhielt 10167 Stimmen. Nach dem Ausfall der Hauptwahl war dieses Resultat vorauszusehen.

Die Ergebnisse der internationalen Arbeiter-Konferenz werden im Hiesiger „Volksrecht“ vom Genossen Otto Lang, der bekanntlich als Vertreter der hiesigen Arbeiterklasse an der Konferenz teilnahm, einer Betrachtung unterzogen. Wie nicht anders zu erwarten, können die Beschlüsse der Konferenz den Genossen Lang nicht befriedigen. Da ist zunächst das Verbot der Anwendung des weißen Phosphors hinausgeschoben bis zum 1. Januar 1911 und dabei noch vorausgesetzt, daß Japan sich dieser Konvention anschließt. Von den etwa 50 000 Personen, welche heute in der Holz-Industrie solcher Länder beschäftigt sind, die ein Verbot des weißen Phosphors noch nicht kennen, entfällt nämlich der größte Teil, nämlich 20 000, auf Japan, Japans Ausfuhr übersteigt mit etwa 20 Millionen Franken die Summe aller europäischen Staaten zusammengerechnet. — Sozialpolitisch bedeutamer ist das Verbot der Nachtarbeit der Frauen. Ein absolutes Verbot der Nachtarbeit für die Frauen finden wir nirgends. Vielmehr ist es überall nach irgend welchen Gesichtspunkten beschränkt, bald auf gewisse Betriebsformen, bald auf gewisse Altersklassen, bald auf gewisse Berufsarten. Insofern würde die Vereinbarung einen wesentlichen Fortschritt bedeuten; aber auch hier die ungeheure Rücksichtnahme gegen den Kapitalismus, dem man noch 6 lange Jahre Zeit lassen zu müssen glaubt, um sich der Neuordnung anzupassen. Nur ja nicht zu schnell vorwärts, wenn es gilt, die menschliche Arbeitskraft zu schützen. Genosse Lang hebt dann aber noch 3 Punkte hervor, an denen die berechnete Kritik einzuwirken habe: Die Konvention garantiert nicht eine 12stündige Nachtruhe, sondern nur eine von 11 Stunden; es bleibt also die Möglichkeit einer 13stündigen täglichen Ausbeutung der weiblichen Arbeitskraft (inkl. der Mittagspause) übrig. In die übrigbleibenden 11 Stunden fällt der Weg zur Fabrik und nach Hause, die Versorgung des Hauswesens und der Kinder, die Schulung und die eigentliche Nachtruhe. Zum zweiten bedauert Lang, daß nur die sieben Stunden zwischen 10 Uhr abends und 5 Uhr morgens als Stunden absoluter Nachtruhe gewährleistet sind, jedoch die Möglichkeit verbleibt, die Frauen zwischen 5 Uhr morgens und 10 Uhr abends beschäftigen zu dürfen, wodurch die Kontrolle sehr erschwert wird. Schließlich ist das Anwendungsgebiet des Verbots der Frauen-Nachtarbeit zu eng gezogen; es hätte, nachdem man durch Fixierung einer 11stündigen Nachtruhe die Möglichkeit einer 13stündigen Arbeitszeit und damit die Anpassung an die verschiedenen Verhältnisse und Bedürfnisse offen gelassen hatte, ohne Schaden auf die klein-gewerblichen Betriebe ausgeübt werden können. Am höchsten werde man das veranschlagen müssen, daß überhaupt eine Vereinbarung zustande gekommen und damit der erste Schritt auf einem Wege gemacht sei, dessen Ziel noch ferne liege. — Man kann die Ergebnisse der internationalen Arbeiterversammlungen kurz dahin zusammenfassen: Es war Schall und Rauch!

Eine größere Belastung der Schöffengerichte ist durch die Abänderung des Gerichtsverfassungsgesetzes, die eine Arbeitsverminderung für das Reichsgericht bezwecken soll, herbeigeführt worden. Um die Zahl der beim Reichsgericht einzulegenden Revisionen zu vermindern, müssen mehr Straffachen als bisher den Schöffengerichten zugewiesen werden, so daß als Revisionsinstanz nicht mehr das Reichsgericht, sondern die Oberlandesgerichte in Betracht kommen. Gleichzeitig werden dadurch voraussichtlich auch die Strafkammern entlastet, soweit sie nicht durch die vermehrte Zahl der Berufungen neue Arbeit erhalten, die Oberlandesgerichte werden aber mehr zu tun bekommen. Nach dem neu geänderten Gerichtsverfassungsgesetz werden die Schöffengerichte in Zukunft zuständig sein: 1. für die nur auf Antrag zu verfolgende Körperverletzung, auch dann, wenn die Verfolgung von Amts wegen und nicht im Wege der Privatklage erfolgt; 2. für das Vergehen des Hausfriedensbruchs im Falle des § 123, Absatz 3; 3. für das Vergehen der Bedrohung mit einem Verbrechen im Falle § 241; 4. für das Vergehen des strafbaren Eigennutzes in den Fällen §§ 286, Absatz 2, 290, 291, 298 des Strafgesetzbuches und § 93, Absatz 3, der Seemannsordnung. Weiter wird die Zuständigkeit der Schöffengerichte für die Vergehen des Diebstahls, der Unterschlagung, des Betruges und der Sachbeschädigung weiter ausgedehnt. Für diese Vergehen waren die Schöffengerichte bisher nur dann zuständig, wenn der Wert des Gestohlenen oder des Schadens 25 Mk. nicht übersteigt. Nach dem neuen Gesetz tritt 150 Mk. an die Stelle von 25 Mk. Sichtlich wird auch die Befugnis der Strafkammer, bei Eröffnung des Hauptverfahrens auf Antrag der Staatsanwaltschaft die Verhandlung und Entscheidung dem Schöffengericht zu überweisen, verschiedentlich erweitert. So auf Fälle von Mord, Vergewaltigung usw. Außerdem Bagatellen, an deren Verurteilung bisher fünf Richter teilnehmen mußten, werden fortan dem Schöffengericht zugewiesen. Man nimmt an, daß die Strafkammer etwa ein Viertel der von ihr bisher abgeteilten Fälle an das Schöffengericht abtreten wird. Die Folge wird sein, daß, wenn nicht eine Vermehrung der Schöffengerichte eintritt, in letzteren noch mehr als bisher in Akkord gearbeitet wird.

„Vorbereitende Sändlung zum Umsturz“ soll nach den weiten Ausführungen eines preussischen Juristen in der „Kreuzzeitg.“ darin liegen, daß die sozialdemokratischen Reichstags-Abgeordneten beim Ausbringen eines Kaiserhochs im Reichstags-Saal verhaften. Der Jurist setzt, gestützt auf Oldshausens Kommentar, auseinander, daß auch in der Unterlassung der üblichen Ehrfurchtsbezeugung eine Majestätsbeleidigung liegen kann, falls dieselbe mit dem erforderlichen Vorfall erfolgt. Dem entspricht auch die Zuständigkeit des Reichsgerichts. Dem Verfasser dieses Artikels freigegeben aber Zweifel auf, ob den Reichstags-Abgeordneten, welche Majestätsbeleidigungen im Reichstags-Saal begehen, die ihnen in der Verfassung zugesicherte Immunität nicht zu gute kommt. Denn nach Art. 30 der Reichsverfassung darf kein Mitglied des Reichstags zu irgend einer Zeit wegen seiner Abmündung oder wegen der in Ausübung seines Berufs getanen Äußerungen gerichtlich oder disziplinarisch verfolgt, oder sonst außerhalb der Versammlung zur Verantwortung gezogen werden. Er selbst ist zwar der Meinung, daß die Majestätsbeleidigung, welche die sozialdemokratischen Abgeordneten üben, nicht immun sei, und bemerkt dann: „Sedenfalls aber liegt es im Sinne der Verfassung, daß,

wenn außerhalb des Reichstags keine Strafe wegen Innerhalb der Versammlung vollbrachter Vergehen und Verbrechen erkannt werden kann, durch den Reichstag selbst gebührende Abwehr erfolgt. Deshalb sollte man von allen das Vaterland und die Gerechtigkeit liebenden Männern dahin gedrängt werden, daß sich der Reichstag eine Debatte gibt, mittels deren er Vergehen in seinem Schoße, soweit sie von gerichtlicher Abmündung befreit sind, selbst mit geeigneten Strafen belegt. Solche Strafen könnten unteres Grades bezüglich der Ehrfurchtsverletzungen gegen den Kaiser nur Suspension des Rechts der Teilnahme an den Verhandlungen und Beschlüssen des Reichstags sein. Auf eine solche Debatte sollten alle vaterlandsliebenden Männer in Preußen und im Reich drängen. Denn des deutschen Kaisers Ehre ist auch jedes Deutschen Ehre, und die Ehre des preussischen Königs ist zugleich die Ehre jedes rechtshaffenen Preußen. Darf man diese juristischen Betrachtungen ein Wort politischer Charakter knüpfen, so sagen wir, die beste Defensiv- ist eine gute Offensiv!“ — Dem gelahrten Herrn ist jedenfalls die Psyche der letzten Wochen allzusehr zu Kopf gestiegen.

Keine Tabaksteuer! Wie die „Natlb. Korresp.“ aus zuverlässiger Quelle erfährt, besteht begründete Aussicht, daß eine erneute Belastung des Tabaks im Rahmen der bevorstehenden Reichsfinanzreform vermieden und damit eine der Schwierigkeiten für deren Zustandekommen beseitigt werden wird. — Also Biersteuer! möchten wir hinzufügen.

#### Norwegen.

Der gekündigte König setzt sich auf die Hinterbeine. Er hat auf das namens des norwegischen Storting von dessen Präsidenten Berner an ihn gerichteten Anfragen um eine Audienz für die Abordnung, die die Adresse des Storting überreichen soll, folgendes Antworttelegramm geschickt: „Da ich die revolutionären Schritte, die das Storting unter Verletzung der Verfassung und der Reichsakte und im Aufbruch gegen ihren König unternommen hat, nicht anerkenne, lehne ich es ab, die Deputation zu empfangen.“ König Oscar II. scheint trotz seiner 76 Jahre doch noch ein ziemlicher Draufgänger zu sein, denn sonst würde doch wohl eingelenkt haben. Er hätte umjomehr Veranlassung hierzu gehabt, als die Norweger die Königskrone an ein Mitglied des bisherigen Königshauses vergeben wollten. Hoffentlich pfeifen sie jetzt auf das Königtum und führen in Norwegen die Republik ein.

Ueber die staatsrechtliche Seite der Frage schreibt „Svenska Dagbladet“: Das norwegische Storting bewirkte durch sein Auftreten, daß das Abkommen der Union von 1814 aufgehoben und dadurch Norwegen in die Stellung zurückgeführt wird, welche es nach dem Kieler Friedensschluß von 1814 eingenommen hat, bei dem Norwegen als Provinz dem König von Schweden zugeteilt wurde. Staatsrechtlich betrachtet, hat Schweden mithin das Recht, Norwegen als eine Provinz zu behandeln, aber dies wird nicht geschehen, da die meisten Schweden die Verbindung mit Norwegen kaum eines Opfers wert erachten. Zweifellos wird eine außerordentliche Sitzung des Reichstags bald abgehalten werden, die entscheiden wird, welchen Weg Schweden gehen soll.

Das Storting hat eine Proklamation an das norwegische Volk beschlossen, in der es nach historischem Ueberblick über die bisherigen Vorgänge heißt: Wenn der Gang der Entwicklung, der mächtiger war als die Wünsche und der Wille der Einzelnen, die Schritte gefordert hat, die das Storting getan hat, so ist das unsere sichere Hoffnung, daß das norwegische Volk das Glück haben werde, in Frieden und in gutem Einvernehmen mit allen Völkern, und nicht zum wenigsten mit dem schwedischen, zu leben, mit welchem wir durch so viele natürliche Bande verbunden sind. In der sicheren Ueberzeugung, daß das norwegische Volk sich mit dem Storting und der Regierung vereinigen wird zur Festhaltung der vollen Selbständigkeit des Reiches unter Bewahrung derselben Festigkeit, Besonnenheit und würdigen Ruhe, welche bisher unser Auftreten gekennzeichnet hat, und daß es willig Opfer bringen wird, die verlangt werden sollten, erwartet das Storting, daß jeder Untertan sich vollständig nach den Anordnungen und Vorschriften richten wird, ebenso daß alle Beamte, zivile, militärische und Geistliche, in jeder Hinsicht der Regierung den Gehorsam zeigen, den zu verlangen sie auf Grund der Gewalt, welche ihr das Storting im Namen des norwegischen Volkes übertragen hat, ein Recht hat.

Ueber den weiteren Verlauf der Angelegenheit verzeichnen wir folgende Meldungen: „Stockholms Dagbl.“ meldet aus Stockholm: Die im Ministerium des Äußern beschäftigten norwegischen Diplomaten sind von ihren Ämtern zurückgetreten. — Aufsehen dürfte folgende Nachricht aus Stockholm erregen: Infolge des Entsetzes der Lage werden alle schwedischen westlichen Garnisonen auf Kriegsstärke gebracht und die Einberufung der Reserve angeordnet. Wird Schwedens vielleicht ein Krieg geplant? Fast scheint es so! — Im norwegischen Staatsrat wurde festgestellt, daß die Abteilung für ausländische Angelegenheiten vom Handelsdepartement als eigenes Departement geschieden werden soll. Zum Minister des Äußern wurde Staatsminister Lovland ernannt. Durch eine Resolution wurde beschlossen, das Unionszeichen in der Flagge zu streichen. Das Landesverteidigungsdepartement richtete einen Erlaß an die Armee, in dem der Beschluß des Storting und die Uebernahme der Landesleitung durch den Staatsrat bekanntgegeben wird. Das Verteidigungsdepartement bestimmte, daß die Auswechslung der bisherigen Kriegs- und Festungsflagge mit der durch die vordringende erwähnte Resolution festgesetzten neuen Flagge im ganzen Lande am 9. Juni, vormittags 10 Uhr vor sich gehen, und daß beide Flaggen bei diesem Akt auf den Festungen wie Kriegsschiffen mit je 21 Schüssen salutiert werden sollen. In Christiania findet dieser Akt auf der Festung Akerhus in Anwesenheit der Behörde und gesamten Garnison statt. — Das norwegische Kirchengebet ist in Uebereinstimmung mit der neuen Situation verändert, indem das Gebet für die Königsfamilie ausgelassen ist. Das Kirchendepartement hat die Geistlichkeit angefordert, bei dem ersten Gottesdienst ein passendes eingehenderes Gebet für das

Vaterland zu beten. Die Zeitung „Aftenposten“ meldet aus Stockholm, das schwedische Ministerium für auswärtige Angelegenheiten hat in der vorigen Woche die Gesandten beauftragt, bei den Regierungen, bei denen sie akkreditiert sind, darüber Erkundigungen einzuziehen, wie man sich zu einer eventuellen Notifikation seitens Norwegens über den Austritt aus der Union stellen würde und was man auf solche Notifikation antworten würde.

Damit die Norweger hinsichtlich der Königswahl nicht in Verlegenheit kommen, hat eine Anzahl in London lebende einflußreicher Norweger an die „Daily News“ eine Zuschrift gerichtet, in der vorgeschlagen wird, den Prinzen Arthur von Connaught zum König von Norwegen zu wählen.

#### Rußland.

Zur Lage. In Warschau wurde der Feilenfabrikant Raimanowitsch von freilebenden Arbeitern erschossen. — Die Einberufung der letzten 3 Jahrgänge der Reserve soll unmittelbar bevorstehen.

Alle Häder stehen still. Der „Berl. Volksztg.“ wird aus Hamburg geschrieben: Alle Häder stehen still in Libau. Von einem Gewährsmann aus der Bemannung der an Rußland verkauften Hamburger Schiffe wird mir berichtet, daß die nicht mehr zurückhaltende Nachricht von der vernichtenden Niederlage Roschdestwensky als Armeeglähmt hat, die in den Arsenalen und Werkstätten des russischen Kriegshafens Tag und Nacht tätig waren. Sobald die deutschen Dampfer eingetroffen waren, „Belgravia“ (jetzt „Riga“), „Abria“ (jetzt „Marva“), „Assyria“ (jetzt „Sveaborg“), „Konstantia“ (jetzt „Sabal“) und „Galesta“ (jetzt „Borgo“), wurde mit Hochdruck gearbeitet. Die neue Transportflotte für das vierte Geschwader bestimmt, sollte mit Proviant für acht Monate ausgerüstet werden. Der Dampfer „Riga“ sollte 150 Offiziere und 3000 Mann, „Sveaborg“ 60 Offiziere und 1600 Mann an Bord nehmen. Die russische Kriegsführung hatte diesen Dampfern eine ganz besondere, nach der Niederlage von Tsushima etwas seltsam beherrschende Rolle zuerkannt. „Riga“ und „Sveaborg“ sollen an der — japanischen Küste Truppen landen. Dem Verständnis dieses merkwürdigen Planes muß man wissen, daß Roschdestwensky's Sieg über Togo in den Ministerräten des Herrn Welles und daher auch bei den leitenden Kreisen in Tokio zur Gewißheit geworden war! Keiner wagte daran zu zweifeln. Man wünschte es, schon um nicht die in Libau noch liegenden Kreuzer und Torpedojäger in See gehen zu lassen, von denen ein hoher Marineoffizier sagte, man könne Gott danken, wenn diese ohne Havarie und Kesselschaden bis zu den dänischen Veleen und Sundens lämen! Namentlich die zehn Torpedoboote auf der Reise von Libau sind in einem „russischen“ Zustande. Die Russen sind durch die Banl, alle wie sie da sind, ausgeglüht. Da kam die zerschmetternde Nachricht aus Wladiwostok. Der alte Binjewitsch meldet die Katastrophe, und aus eingeschmuggelten Zeitungen englischer und deutscher Provenienz erfahren die Libauer Herren, daß sie nicht hinausbrauchen. Die für den „Sieg“ Roschdestwensky's schon kauft gestellten Sekelassen werden ohnedies ihre Verwendung finden. Wozu soll man nun aber noch weiter arbeiten? Die Ingenieure lassen die Armee hängen, und die Arbeiter tun's ihnen nach. Es ist Fieberstille auf der Reede von Libau. Fieberstille — Todesstille!

#### Rußland und Japan.

Nach einem in Petersburg zirkulierenden Gerücht, dessen Kontrolle bisher nicht möglich war, ist die Armee Binjewitsch's zerniert. Man erzählt andererseits, Marschall Oyama habe seine Truppenzahl fast verdreifacht und verfüge jetzt über mehr als 600 000 Mann. Eine große Schlacht scheint bevorzuziehen.

Inzwischen erlösen Friedensklänge über Friedensklänge. Als Friedensengel will Roosevelt, seines Zeichens amerikanischer Präsident, fungieren. Ob überhaupt etwas aus dieser Friedensgeschichte herausbraten wird, bleibt abzuwarten.

Die drei in Manila weilenden russischen Kreuzer haben vom Baron den Befehl erhalten, dort zu bleiben und zu desarmieren.

Ueber seine Gefangennahme telegraphiert Roschdestwenski dem Baron aus Tokio: Am 27. Mai um 1 1/2 Uhr begann der Kampf mit zwölf großen japanischen Schiffen und zwölf japanischen Kreuzern. Um 2 1/2 Uhr mußte ich das Kommando des „Krijas Sjurworow“ abgeben. Um 3 1/2 Uhr, als ein Teil meines Stabes und ich selbst das Bewußtsein verlor, mußten wir auf den „Bair“ übergeführt werden, wo sich bereits die Mannschaft des untergegangenen „Dschibj“ befand. Das Kommando wurde Admiral „Nebogatow“ übergeben. „Bair“ kam während der Nacht von dem Geschwader ab. Am Morgen sichteten wir den „Dmitri Donskoi“ mit zwei Torpedoboote und brachten die Besatzung der „Dschibja“ auf ihn unter. Ich selbst wurde auf den „Biedowh“ gebracht, welcher am Abend des 28. Mai mit dem „Gromh“ weiterfuhr. Der „Biedowh“ ergab sich zwei japanischen Torpedoboote und kam am 31. Mai in Safoho an. Ich habe erfahren, daß Nebogatow sich in Safoho befindet.

Die Gesamtzahl der in der Schlacht in der Tsushimastraße gefangenen genommenen Russen beträgt 6142; von diesen sind bis zum 5. Juni drei gestorben, 137 Mann werden wieder freigelassen, 65 Geistliche und Aerzte sind bereits freigelassen.

#### Südbert und Stahlgewichte.

Freitag, den 9. Juni 1905.

Achtung Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter! Der Zuzug von Bauarbeitern aller Branchen nach Südbert ist streng fernzuhalten!

Der Zuzug von Maurern nach Reinsfeld i. S. ist streng fernzuhalten!

Achtung Fluschküffer! Ueber den Fluschküffer-Betrieb von S. Drem's ist wegen Lohnunterschieden die Sperrverhängt. Zuzug ist fernzuhalten.

Die Lohnkommission der Fluschküffer.

**Achtung, Polzarbeiter!** Vor Bezug von Tischlern und Maschinenarbeitern nach Kiel und Umgebung wird gewarnt, da dieselben in den Streik eingetreten sind.

Der Bürgerchaft trat gestern abend zum zweiten Male im Laufe dieser Woche zusammen und zwar um über die Frage der Bekämpfung der Freymannschen Seehamptfischschiffsmaschinenfabrik zu beraten. Die einzigen Gründe, welche das neu angeführte wurden, waren angebliche Sparmaßregeln. Zugleich wurde für eine erhöhte Subvention von demselben Redner plädiert. Die große Mehrheit der Bürgerchaft erklärte sich jedoch mit dem Senatsantrag einverstanden, weil im Falle der Ablehnung derselben die Schule eingehen würde; dieselbe sei jedoch eine Notwendigkeit für Lübeck. Charakteristisch war eine Neußerung des Vorsitzenden der Minorität, Professor Dr. Baerdt, daß sich viele Mitglieder der Bürgerchaft in ihrer Haltung und Stellungnahme zu den verschiedenen Senatsanträgen nur von persönlichen Rücksichten und Einflüssen leiten lassen. Hierdurch wird nur dasjenige von einem Bürgerchaftsmitglied bestritten, was wir schon wiederholt angeführt haben, und zwar der Zwischenfall Blund-Brecht. Ist eine so schöne Illustration geliefert hat, nämlich daß die Bürgerchaft in erster Linie eine Vertreterin der kapitalistischen Interessen ist. Es wird weiter dadurch die Heidenart widerlegt, mit der man beim Wahlrechtsraub hauffieren ging, daß die Bürgerchaft in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung nur das Wohl der Allgemeinheit im Auge hat!

**Schwurgericht.** Der ehemalige Landbriefträger Federn aus Niendorf in L. war angeklagt, 1. zu Niendorf i. L. im Jahre 1902 Gelder, welche er in amtlicher Eigenschaft empfangen und die er somit im Besitz und Gewahrsam hatte, nämlich 100 Mk., die ihm der Stäter Wohnsack in Hamberge versehenlich bei Einzahlung des Betrages einer Postanweisung über 300 Mk. zuviel gezahlt hatte, unterschlagen zu haben; 2. zu Niendorf in L. im Dezember 1904 und im Januar 1905 durch vier selbstständige Handlungen Gelder, welche er in amtlicher Eigenschaft empfangen und somit im Besitz oder Gewahrsam hatte, nämlich a) 24 Mk., welche ihm Frau Alpers in Hamberge am 14. Dezember 1904 als Beitrag einer Postanweisung an Knecht in Berlin, b) 24 Mk., welche ihm am 5. oder 6. Januar 1905 D. Wulf in Nothenhausen als Betrag einer Postanweisung, c) 98 Mk., welche ihm am 5. oder 6. Jan. 1905 Spindler in Nothenhausen als Betrag einer Postanweisung, d) 148 Mk., nebst 40 Pfg. Porto und Nebengebühr, welche ihm am 1. Januar 1905 Dohrendorf in Nothenhausen als Betrag einer Postanweisung übergeben hatten, damit er diese Gelder bei der Postagentur in Niendorf i. L. ausliefern, unterschlagen zu haben und in Beziehung auf diese vier Unterschlagungen das zur Eintragung der amtlichen Einnahmen bestimmte Annahmebuch unrichtig geführt zu haben, indem er die unter a, b und c aufgeführten Geldbeträge verspätet, nämlich den Betrag unter a. erst am 22. Dezember 1904, die Beträge unter b und c erst unterm 10. Januar 1905 und den Betrag unter d garnicht in das Annahmebuch eintrug. 3. zu Niendorf i. L. im Dezember 1904 und im Januar 1905 durch sieben selbstständige Handlungen Gelder, welche er in amtlicher Eigenschaft empfangen, nämlich 1. 50 Mk., die ihm Junge in Nothenhausen als den Betrag eines Postauftrags, 2. 30 Mk., die ihm Röhr in Nothenhausen zum Anlauf von Freimarken, 3. kleinere Beträge von insgesamt 20 Mk., die ihm die Empfänger von mit Postanweisung beschwerten Postsendungen, 4. 50 Mk., welche ihm der Postagent Mandt in Niendorf zur Auszahlung an Röhr in Nothenhausen, 5. 50 Mk., welche ihm der Postagent Mandt in Niendorf zur Auszahlung an Weidemann in Nothenhausen, 6. 9 Mk., welche ihm der Postagent Mandt in Niendorf als sogen. Markengeld zum Anlauf von Freimarken übergeben hatte und 7. 750 Mk., die er als Betrag einer für den Maurer Wilhelm Ruppau in Nothenhausen bestimmten Postanweisung zur Auszahlung an den Adressaten erhalten hatte, unterschlagen zu haben; 4. im Januar 1905 15 Mk., welche ihm in nicht amtlicher Eigenschaft die Ehefrau des Gastwirts Neel in Niendorf zur Einzahlung auf eine Postanweisung nach Hamburg übergeben hatte, sich rechtswidrig angeeignet zu haben, 5. im Dezember 1904 durch zwei selbstständige Handlungen als Postbeamten zwei am 20. bezw. 24. Dezember 1904 von Knecht an Fr. Alpers in Hamberge abgegebene Briefe, welche der Post anvertraut waren, unterdrückt zu haben; 6. zu Niendorf am 6. Januar 1905 in rechtswidriger Absicht und in der Absicht sich einen Vermögensvorteil zu verschaffen, nämlich sich den durch eine Amtsunterschlagung erlangten Gewinn von 50 Mk. zu erhalten, die Leitung des Maurers Wilhelm Ruppau auf einer Postanweisung fälschlich angefertigt und von demselben zum Zwecke einer Täuschung Gebrauch gemacht zu haben. — Der Angeklagte, der einen Tagelohn von 2 Mk. erhielt, war im Wesentlichen geständig. Die Geschworenen bejahen die Schuldrage, billigten dem Fr. jedoch mildernde Umstände zu. Das Gericht erkannte sodann auf neun Monate Gefängnis; der Staatsanwalt hatte 3 Jahre beantragt. Der Verteidiger Dr. Frieb hatte seinem Klienten hatte seinem Klienten zwei Jahre gegönnt.

Ueber den Betrieb der elektrischen Straßenbahnen erläßt das Polizeiamt eine Verordnung, aus der wir nachstehende Angaben entnehmen: Der Wagenführer hat bei dem Vorbeifahren an Haltestellen auf etwa wartende Fahrgäste zu achten und muß zu deren Aufnahme halten. Der Schaffner hat nötigenfalls dem Wagenführer das Zeichen zum Halten zu geben. Nüher an diesen Stellen darf nur im Falle der Gefahr gehalten werden. Der Wagenführer darf nicht eher weiterfahren, als bis er sich davon überzeugt hat, daß der Einsteigende Platz genommen oder der Aussteigende den Erdboden erreicht hat. Der Wagenführer oder Schaffner darf in den einzelnen Abteilungen des Wagens nicht mehr als die festgesetzte Anzahl Personen zulassen. Unberührlige oder unzulässige Fahrgäste, insbesondere solche, die Mitfahrenden lästig werden können, hat der Wagenführer oder Schaffner zum Verlassen des Wagens aufzufordern und wenn erforderlich, die Hilfe der Polizeibeamten in Anspruch zu nehmen. Der Weggewiesene hat keinen Anspruch auf Rückerstattung des Fahrgeldes. Die Fahrgäste haben sofort nach dem Einsteigen das tarifmäßige Fahrgeld in den dazu bestimmten Zahlkästen zu legen, oder die Fahrkarte zu lösen. Die Karteninhaber sind verpflichtet, aufzufordern den diensttunenden Angestellten die Karten vorzuzeigen und auf Verlangen zur Einsicht auszuhandigen. Zur Befreiung zwischen den Fahrgästen und dem Wagenführer ist die durch den durchgehenden Niemenzug zu betätigende Signallampe zu benutzen. Es bedeutet für den Fahrer zweimaliger Glockenschlag „Halten“, vier- und mehrmaliger Andruck „Notbremse“. Das Notsignal ist nur in Fällen dringender Gefahr anzuwenden. Unbefugte Benutzung ist streng verboten. Das Berühren der zur Stromauführung dienenden Teile ist wegen der damit verbundenen Gefahr verboten. Lärmen und Singen sowie jedes unanständige und die Mitfahrenden belästigende Betragen ist den Fahrgästen untersagt. Das Stehen auf den Trittbrettern der Wagen ist nur solange gestattet, als es zum Ein- und Aussteigen un-

dingt notwendig ist. Es ist ferner verboten, die auf der linken Seite der Plattformen angebrachten Vorleger eigenmächtig zu öffnen, sowie den Wagen zu besteigen, während die Tafeln mit der Aufschrift „Belegt“ herabgelassen sind. Soweit Platz vorhanden ist, darf keiner Person die Mitfahrt verweigert werden, ausgenommen Personen, welche betrunken sind oder durch unreinliches Verhalten, anstößende Krankheiten oder ungebührliches Betragen die Mitfahrenden belästigen. Hunde und andere Tiere, geladene Gewehre, Gepäck, sowie Lasten und Trachten, welche durch Umfang, durch üblen Geruch oder schmutzige Beschaffenheit den Fahrgästen lästig werden können, dürfen nicht befördert werden. Fenster und Türen sind auf Verlangen eines Fahrgastes zu schließen. Den dienstlichen Anordnungen der in Dienstkleidung befindlichen oder mit Legitimation versehenen Angestellten der Straßenbahn hat das Publikum Folge zu leisten. Fahrgäste, die sich jenen Anordnungen nicht fügen oder die vorgeschriebene Ordnung nicht beachten, werden ohne Anspruch auf Ersatz des Fahrgeldes von der Weiterfahrt ausgeschlossen. Beim Eintreten der Warnungssignale haben Fußgänger, Reiter, Radfahrer und Fuhrwerke sofort die Fahrbahn für den Bahnbetrieb frei zu machen. Es ist soweit Raum zu geben, daß weder die Straßenbahnwagen in der Fahrt, noch die Fahrgäste beim Ein- und Aussteigen behindert oder gefährdet werden. Diese Vorschriften gelten nicht für geschlossenen marschierende Militärabteilungen, Rechenzüge und andere öffentliche Aufzüge. Beim Herannahen von Feuerwehraufzügen muß jeder Wagen ungesäumt halten. Die Weiterfahrt darf erst erfolgen, wenn jede Gefahr eines Zusammenstoßes mit den Fahrzeugen ausgeschlossen ist. Das Stehenlassen von Fuhrwerk oder Vieh ohne Aufsicht oder das Aufstellen von Gegenständen auf dem Gleise oder so dicht daneben, daß der Straßenbahnverkehr gehindert oder gefährdet wird, ist untersagt. Die Bediensteten der Straßenbahn sind befugt, derartige Verkehrshindernisse von dem Gleise zu entfernen. Das Abladen von Holz, Steinen und sonstigen Gegenständen auf den Straßenbahngleisen, sowie innerhalb 1 Meter von der Außerkante der Bahnschiene ist verboten. Jede Beschädigung der Bahn und der dazu gehörigen Anlagen, sowie der Betriebsmittel nebst Zubehör, die Nachahmung der Signale, die Verkettung oder Verhinderung der Ausweichevorrichtungen, überhaupt jede den Bahnbetrieb gefährdende oder störende Handlung ist untersagt.

**Zum Kampf im Baugewerbe.** Man schreibt uns: Es befanden sich am Donnerstagsabend 25 streikende in Streik, davon Verheiratete 268 mit zusammen 637 Kindern; abgerechnet sind insgesamt 96 Kollegen. Die Innung und der Bund der Maurer- und Zimmermeister lassen in der heutigen Nummer des „General-Anzeiger“ und der „Lübeckischen Anzeiger“ ein großes Lamento darüber los, daß die Maurer und Zimmerer das Angebot der Innung abgelehnt haben und betonen, daß die gedrückte Stimmung auf dem Gebiete des Bauwesens keine Lohnerhöhung zuliege. Man vergleiche damit aber den redaktionellen Teil desselben „General-Anzeigers“, in dem das Gegenteil angeführt wird. Wer hat nun Recht, der unparteiische Beobachter oder die interessierten Veranlasser des heutigen Inserats. Dort jammern die Herren über die Lohn-erhöhungen, um bei Privatunternehmern aber fast doppelten Lohn zu verlangen; bei derartigen Geldangelegenheiten sagen die Herren Innungs- und Richtungsmeister: was ich heft, das heft ich. Wenn nun an das bauende Publikum die Aufforderung gerichtet wird, mit den Bauaufträgen so lange zu warten, bis der Streik zu Ende ist, und wenn dann die Herren Unternehmer glauben, daß dadurch die Maurer vielleicht gar gezwungen werden könnten, nach geraumer Zeit die Arbeit wieder aufzunehmen, so irren sie sich ganz gewaltig. Wir wollen nur verraten, daß bei der Streikleitung der Maurer so viel Arbeitsangebote vorhanden sind, daß die Anfragen bei weitem nicht befriedigt werden können. Nach Brüggen wird Lübeck wohl von Maurern ziemlich entblüht sein. Nicht nur aus nächster Nähe, sondern auch aus entfernteren Orten laufen fortwährend die Aufträge um Zufindung von Maurern ein. — Es dürfte somit durchaus im Interesse der Meister liegen, wenn sie sich sobald als möglich mit den Streikenden einigen; sonst könnte der Fall eintreten, daß es später schwer möglich ist, im Falle der Bewilligung der Forderungen die erforderlichen tüchtigen Kräfte rechtzeitig heranzuziehen. — In Zimmerer befinden sich in Streik 160; abgerechnet sind 27, zu den neuen Bedingungen arbeiten 38. — Bauarbeiter befinden sich im Streik 318 mit 484 Kindern.

**Kaninchen-Ausstellung.** Alle Freunde der Kaninchenzucht machen wir nochmals darauf aufmerksam, daß die diesjährige Kaninchen-Ausstellung, verbunden mit Verlosung von Kaninchen, am 1., 2. und 3. Pfingsttag in Kiels Etappenstr. 1, Israelst. 10, stattfindet. Die Anmeldungen sind zahlreich eingegangen, so daß die Ausstellungsbefucher alle in- und ausländischen Rassen in Augenschein nehmen können.

**Vom Arbeitsnachweis der Innung „Banhütte“ zu Lübeck** findet im Monat Mai d. J. 280 Personen in Arbeit gestellt worden. Hieron befanden sich im Alter unter 21 Jahren 32 Personen, von 21—30 78, von 31—40 62, von 41—50 53, von 51—60 45, von 61—70 10 Personen. Hieron waren 36 Personen Fremde, alle übrigen Eingestellten stammten aus Lübeck oder dessen nächster Umgebung.

**Eine wichtige Gerichtsentscheidung.** Von grundsätzlicher interessierender Bedeutung ist eine vom Landgericht in Hamburg gefällte Entscheidung über die Frage, ob ein uneheliches Kind ein Recht darauf habe, seinen Vater zu kennen. Ein noch minderjähriges uneheliches Kind klagte, vertreten durch seinen Vormund, gegen seine Mutter mit dem Antrage, ihm den Namen seines Erzeugers zu benennen; zur Begründung wurde geltend gemacht, daß der Vormund solange ihm der Erzeuger nicht bekannt, außer stande sei, gegen denselben die Rechte des Kindes wahrzunehmen. Die Beklagte bestritt ihre Verpflichtung, den Erzeuger des Kindes namentlich zu machen, und die Klage wurde seitens des angegangenen Landgerichts abgewiesen. Wenn auch, so fährt das Landgericht aus, das uneheliche Kind wegen des ihm gegen seinen Erzeuger ausstehenden Unterhaltungsanspruches ein erhebliches Interesse daran habe, dessen Namen zu wissen, so bestünde doch für die Mutter keine rechtliche Verpflichtung, denselben zu nennen. Die Mutter habe für die Person, der Vormund für das Vermögen des Kindes zu sorgen. Zu der Sorge für die Person gehöre auch die Gewährung des Unterhalts, aber nur aus den eigenen Mitteln der Mutter; darüber hinaus treffe die Mutter keine Verpflichtung, die Verfolgung von Ansprüchen gegen dritte sei Sache des Vormundes. Zu erwägen sei auch, daß die uneheliche Mutter dem Vormund in seiner Klage gegen den Erzeuger auf Gewährung von Unterhalt ihr Zeugnis verweigern könne. Ueber die Richtigkeit dieser Entscheidung der Frage ist in der juristischen Literatur vielfach geschrieben worden. Neuerdings macht Oberlandesgerichtsrat Seifarth-Jena, der in der Zeitschrift „Das Recht“ über die Frage berichtet, gewichtige Bedenken gegen das Urteil geltend. Die der Mutter obliegende Sorge für die Person

des Kindes muß auch die Pflicht umfassen, ihm den Namen des Erzeugers zu nennen, mit dem es durch Blutgemeinschaft verbunden ist, und den zu kennen es schon das größte allgemein menschliche Interesse haben muß.

**Öffentliche Wäcker- und Velehalle.** An den beiden Pfingsttagen wird die Velehalle wie an gewöhnlichen Sonntagen von 11—2 Uhr vormittags und von 4—9 Uhr abends geöffnet sein. Auch die Wäcker-Ausgabe wird an beiden Festtagen am Vormittag von 11½—12½ Uhr statt. Die Wasserwärme des Reahrteiches betrug gestern nachmittag 18 Grad.

**Kleine Chronik der Nachbargebiete.** Dienstlagabend gegen 9 Uhr fand man das bei Jorian in Dövelsdörne bei Altona dienende 18jährige Mädchen Emmi Krohn, aus Krampunden im Gesicht blutend, im Stadtpark in Krämpfen liegend am Boden. Der Zustand des Mädchens war ein derartiger, daß es sofort ins Krankenhaus geschafft werden mußte, wo schwere innere Verletzungen konstatiert wurden. Nach der Angabe des Mädchens ist es dort von einem Manne überfallen worden, der dann ein Sittenverbrechen verübte. Leider ist der Täter bis jetzt noch nicht ermittelt. — Ein größerer Feuer brach in der Nacht zum Donnerstag in der Hamburger Aktienbrauerei aus. Der Brand griff so schnell um sich, daß in kurzer Zeit der ganze Dachstuhl des sogenannten Trockenbodens in Flammen stand. Das Feuer hielt reichliche Nahrung, da auf einem Boden eine Unmenge von Rosten, auf dem Boden darunter mehrere Wagonladungen Hafer lagerten. Der Dachstuhl, beide Böden und die Schlafräume einer Anzahl Brauer und Kellner brannten aus. Die Leute konnten sich retten, während ein großer Teil ihrer Effekten verbrannte. Der Schaden beträgt etwa 50 000 Mk. — In der Binnenerger Mühlenau ist die 11jährige Tochter des Fabrikarbeiters Trede beim Baden ertrunken. — Die Kieler Stadtkollegien beschlossen heute, sämtlichen städtischen Arbeitern, die 5 Jahre im Dienst des Gemeinwesens stehen, fortan alljährlich einen Urlaub von 8 Tagen bei fortlaufendem Lohn zu bewilligen. — Das Signalfisch „Alta“ ist, wie aus Kiel gemeldet wird, mit seiner Besatzung in der westlichen Bucht untergegangen. — Mittwoch früh erkrankte im Leteromer See der Handlungshelfer Winger, der hier im Geschäft des Herrn Stricker war. Er war von der Badeanstalt aus dem Bassin herausgeschwommen, um nach der Kahnstelle zu gelangen. Dabei verwickelte er sich ins Kraut, bekam jedenfalls einen Krampf und sank, ohne daß ihm Hilfe gebracht werden konnte, unter.

**Hamburg.** In der letzten Bürgerschaftsversammlung, die Mittwoch stattfand, wurde u. a. ein Antrag Dr. Roth beraten, der verlangt, den Senat um Anstellung von Schulärzten für alle Volksschulen zu ersuchen. Bekanntlich hat der Senat kürzlich die Anstellung von drei Hülfsschulärzten für einige Volksschulen „versuchsweise“ beantragt und die Bürgerschaft hat dem zugestimmt. Genosse Emil Fischer regte damals die Notwendigkeit der sofortigen Einführung von Schulärzten mindestens für alle Volksschulen an und Dr. Roth stellte das gleiche Verlangen. Darnach wurden die diesbezüglichen Anträge abgelehnt. Dr. Roth hat nun einen selbstständigen Antrag eingebracht und begründete denselben eingehend. Emil Fischer wies darauf hin, daß der Staat, der den Schulzwang verfüge, auch die Pflicht habe, dafür zu sorgen, daß die Kinder, die dem Schulzwang folgen müssen, in der Schule keinen gesundheitlichen Schaden erleben. Hamburg sei selber, wie auf so vielen anderen Gebieten, so auch auf diesem weit hinter den Russen zurück, die schon seit Jahrzehnten Schulärzte in Moskau und anderen Städten eingeführt haben. Der Antrag Dr. Roth fand Annahme.

**Grevesmühlen.** Die Eröffnung der Bahnstrecke Grevesmühlen-Klütz hat stattgefunden. Dienstag morgen 8 Uhr 15 Min. traf der erste Zug aus Klütz hier ein. Die aus Klütz mitgeführten Gäste wurden von den Mitgliedern des Grevesmühlener Handelsvereins und der städtischen Musikkapelle empfangen und begrüßt. Da mit Eröffnung dieser Bahn auch die Postfahrten von Grevesmühlen nach Klütz aufhören, fuhr Montag der Postwagen zum letzten Male, mit Blumen und Gewinden geschmückt, unter den Klängen des „Musik denn, muß ich denn zum Städtle hinaus“, begleitet von jung und alt, zum Tor hinaus.

**Bremerhaven.** Die Maurer reichten folgende Forderungen bei ihren Meistern ein: 1. Erhöhung des Stundenlohnes von 50 auf 55 Pfg. für Ueberstunden 25 Proz. Zuschlag. 2. Verkürzung der Arbeitszeit von 10 auf 9½ Stunden. 3. Wöchentliche Lohnzahlung. Auszahlung des Lohnes freitags zum Feierabend auf dem Bau. 4. Unterlassungen jeder Maßregelung. Weiter wurde beschlossen, die Antwort auf die Forderungen bis Freitag zu erheben.

## Beste Nachrichten.

**Breslau.** Zwei Menschen erstickt. In der Brennerstraße zu Groß-Märchwitz bei Namslau entstand Feuer, das sich schnell verbreitete und den Dachstuhl zerstörte. Die Mutter des Arbeiters Stannet sowie dessen achtjähriger Sohn erstickten im Rauch.

**Mattig.** Liebesdrama. Am Rheinufer wurde ein Liebespaar erschossen aufgefunden. Es handelt sich um einen Kaufmann Dauth aus Offenbach und seine Geliebte.

**Strasbourg i. Elz.** Schreckenstaten eines Irren. Ein aus der Irrenanstalt entwiggener Irrensiniger, Gishoffer aus Großbittersdorf, verlegte seine Frau, die ihn nach der Anstalt zurückbringen wollte, unterwegs durch Messerstiche und ertränkte sich darauf.

**Sjefsk (Schweden.)** Brand eines schwedischen Fischerdorfes. In einem Fischerdorf am Hellevikstrand brach in der Nacht zum Donnerstag auf einem Handelsmagazin eine Feuersbrunst aus, die das Magazin vollständig zerstörte und sich mit rasender Schnelligkeit auf die in der Nähe liegenden Gebäude verbreitete. Das Feuer war um 10 Uhr vormittags teilweise begrenzt. 60 Häuser, darunter 40 Wohnhäuser, mehrere Brücken und einige Kohlen- und Brennmaterialienlager wurden eingeeicht. 200 Menschen sind obdachlos, die meisten haben alles verloren, nur wenige sind verschont. Von Sjefsk ist ein Dampfer mit Lebensmitteln abgegangen.

**Salsburg.** Schwere Unglück. In der Glaswarenfabrik von Bürmoos fand eine heftige Gasexplosion statt. Acht Arbeiter wurden tödlich verletzt.

**London.** Untergang eines Unterseebootes. Das englische Unterseeboot „A. S.“ ist infolge einer Explosion bei Plymouth gesunken; von der Besatzung ertranken 14 Mann, vier Personen wurden gerettet.

Donnerstag mittag 1 Uhr entließ nach kurzer schwerer Krankheit mein lieber unvergeßlicher Mann und meiner Kinder treuherziger Vater, der **Schneider**

**Paul Petermann**

Schildstraße 18  
im 41. Lebensjahre tiefbetrauert und schmerz-  
lich vermisst von mir, meinen Kindern und allen  
Angehörigen.

Anna Petermann geb. Mebier.  
Die Beerdigung findet statt am Dienstag, den  
13. Juni, morgens 10 1/2 Uhr, von der Kapelle  
des Allgemeinen Gottesackers. Trauerfeierlichkeiten  
10 1/2 Uhr.

**Ein leeres heizbares Zimmer**

zum 1. Juli zu vermieten Schönhaupstraße 7.  
Näheres Schüttenstraße 6 B

Suche zum 1. Juli eine febl. Wohnung  
von 3 Zimmern mit Zubehör im Preise von 180  
bis 220 Mk.

Angeb. u. P B an die Exp. d. Bl

**Gesucht ein Pausmädchen**

für die Nachmittagsstunden Untertrave 8 f.

Gesucht zu sofort oder später  
**ein Mädchen für den ganzen Tag.**  
Fleischhauerstraße 38, I.

Für mein Kontowarengeschäft ein junges  
Handknecht möglichst der sofort.  
Hermann Blunk, Cronsforder Allee 51.

**Suche einen Schlosserlehrling.**

Fr. Spönke, Dornstraße 18 a.

**Ein verh. Mann f. Beschäftigung**  
als Kellner für die Abendstunden und Sonntags  
Abg. u. 42 an die Exp. d. Bl

Zu verkaufen oder zu verpachten  
**eine Krümerei auf dem Lande**  
mit Obstgarten u. Land. Näh. Reiferstr. 10 a

**Kindersitzwagen mit Verdeck**  
gut erhalten, billig zu verkaufen  
Böttcherstraße 4, I.

**Guter Kinderwagen w. Gummi.**  
billig zu verkaufen  
Blanchstraße 24 a, Hinterh., I. Eta.

**Ein guterhaltener Kinderwagen**  
billig zu verkaufen. Näh. Brolingstr. 30.

**Ein guterhaltener Kinderwagen**  
billig zu verkaufen Gloginstr. 7, I. Eta.

**Ein guterhaltener Kindersitzwagen**  
billig zu verkaufen Brichstraße 13.

Zu verkaufen ein H. Sofa w. Polster-  
füßen und ein einfüßig. la. d. Vorkitow,  
gut erhalten. Wandorffstraße 28, 2. Eta.

**1 gut segelndes Boot m. Inventar**  
zu verkaufen. Näheres Walems Bellevue.

**Die Arbeiter-Garderoben**  
aus dem Spezial-Geschäft von  
Lübeck **Otto Albers** Kohlm.  
Markt 4 10.  
sind vorteilhaft bekannt durch gute Ver-  
arbeitung und sehr billige Preise. U. A.:  
Leberhosen 1,80—6,45  
Maurerhosen 2,60—6,75  
Schlosserhosen 1,88—5,25  
Leberziehhosen 0,88—2,35  
Zwinn-Hosen 1,38—3,25  
leinene Jacken, schräge und gerade, 1,23  
Kajen, Hemden, Schlachterjacken, Friseurjacken,  
Maler-Mäntel ersichtlich billig.  
Mägen von 30 Pfg bis 1,88 Mk.



Zweiter Band der „Kulturbilder“.  
Die  
**Sohenzollern-Legende**  
Von Max Maurenbrecher.  
Erscheint in 50 Lieferungen à 20 Pfg.  
Jede Woche erscheint ein Heft.  
Zu beziehen durch die  
**Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.**

Verantwortlicher Redakteur für den gesamten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ sowie der mit P. L. gekennzeichneten Artikel und Notizen:  
Johannes Stellung. — Verantwortlicher Redakteur für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ sowie die mit P. L. gekennzeichneten Artikel und Notizen: Paul Bismarck.  
Verleger: Theodor Schwarz. — Druck von Fritz Meyer & Co. — Schütten in Lübeck.

**Ein Wort in letzter Stunde!**



Bücher werden in Zahlung  
genommen.

Um unser Herren- und Knaben-Gar-  
deroben-Lager noch möglichst zu räumen,  
verkaufen wir jetzt zu

**staunend billigen Preisen:**

	Ein Posten	
Jackett-Anz.	statt 12—17	7.50 Mk. an
Jackett-Anz.	jetzt von	
Jackett-Anz.	statt 18—30	10.75 "
Jackett-Anz.	jetzt von	
Jackett-Anz.	statt 30—43	20.00 "
Jackett-Anz.	jetzt von	
Rock-Anzüge	statt 28—40	19.00 "
Rock-Anzüge	jetzt von	
Gebroch-Anz.	statt 30—50	22.00 "
Gebroch-Anz.	jetzt von	
Kinder-Anz.,	ca 500 Stück,	1.50 "
Kinder-Anz.,	von	
Jungl.-Anz.,	enorm billig,	4.00 "
Jungl.-Anz.,	von	

**Gebr. Bausbürger**

10 Holstenstr. 10. Inh.: Heinr. Wellmann. 10 Holstenstr. 10.

**Von der internationalen Bibliothek**

**erste Serie**

empfehlen wir besonders:

Kautsky, Karl Marx ökonomische Lehren,	geb. Mk.	2,—
Bebel, Ländliche Arbeiterfrage,	" "	2,50
Bebel, Charles Fourier,	" "	2,50
Stern, Philosophie Spinoza's	" "	1,50
Kautsky, Das Erfurter Programm,	" "	2,00
Fr. Engels, Die Lage der arbeitenden Klassen in England,	" "	2,50
Stepniak, Der russische Bauer,	" "	2,—
Mehring, Die Lessing-Legende,	" "	3,50
H. Lux, E. Cabet und der ilarische Kommunismus	" "	2,—
Plechanow, N. G. Tschernischewsky,	" "	3,—
Fr. Engels, E. Dühring's Umwälzung der Wissenschaft	" "	3,—
Dietzgen, Das Aquisit der Philosophie und Briefe über Logik	" "	2,—
C. Hugo, Die englische Gewerkvereins-Bewegung	" "	2,—
K. Marx, Revolution und Contre-Revolution in Deutschland	" "	2,—

**Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.**

Johannisstraße 50.

**Die Restbestände**

meiner großen Partien in eleganten Herren-, Knaben- und Kinder-Anzügen sollen zu  
staunend billigen Preisen verkauft werden und überzeuge sich jeder von der Billigkeit.

**13 ob. Marlesgrube 13.**

**Achtung!**

Pa. Schweinefl.	Pfd. 65 Pfg.	Pa. ger. Mettw.	Pfd. 70 Pfg.
" Queenfleisch	" 50 "	" Gefochte	" 60 "
" Kalbfleisch	" 50 an	" Braunschweig.	" 50 "
" Flohmen	" 65 Pfg.	" Leberwurst	" 60 "
" Gehacktes	" 60 "	" Schmalz	" 60 "

empfehlen

**Jul. Strohfeldt**

26 Markthallenstand 26.

Böttcherstraße 16. **M. Lahrtz** Rosenstraße 10.  
Fernsprecher 348. Fernsprecher 348.

Prima ger. Vorderhäuten Pfd. 80 Pfg.

Seute und folgende Tage:

Pa. gefochte Mettwurst	Pfd. 60 Pfg.	Pa. frische Flohmen	Pfund 65 Pfg.
" Leberw. u. ger. Leberw.	" 60 "	" weißes Schmalz	Pfund 60 Pfg.
" Sauerfleisch	" 50 "	" Kefen und Wein	Pfund 20 Pfg.
(Schweinefleisch ohne Knochen, Gelee dazu gratis)			
" Ger. Mettwurst Pfd. 1 20, 1—, 80 Pfg.			
" II. verschiedenen Aufschnitt			
Pfund von Mk. 1.00 an.			

**Seize Snackwurst.**

**Wollen Sie**

hochmoderne Anzüge,  
Paletots, Hosen u. Westen  
kaufen, so beachten  
Sie die große Auswahl  
und die enorm billigen  
Preise, im

**Räumungs-  
Ausverkauf**

**S. Baruch**  
6 Holstenstrasse 6.

**Holsteiner und medlenburger  
Landschinken**

im Ganzen und im Ausschnitt  
sowie schönen Schinkenspeck  
per Pfund 1 Mk.

Wohnstr. 67. **Heinr. Franck.**

**Neu  
eingetroffen!**

Picknickdosen 45, 65, 95, 100, 120 Pf.  
Feldflaschen, 8, 10, 15, 25 bis 300 Pf.  
Handtaschen 50, 75, 100, 140 bis 3.50  
Reisetaschen 1.15, 1.40, 1.75, 2.20—12  
Reisekoffer 2, 2.50, 2.85 bis 12.50 Mk.  
Touristentaschen 1.50, 1.85 bis 2.50

Spazierstöcke in jeder Preislage  
45, 50, 60 Pf., 1.00, 1.25 bis 3.00 Mk.  
Halsketten, Uhrketten, Gürtel  
Broschen, Haarschmuck  
in großer Auswahl  
zu bekannt billigen Preisen.

**Riesen-Bazar**

Pietro Cagna  
Breitestr. 33 Breitestr. 33.

**Heute Sonnabend  
bis abends 10 Uhr  
Großes Kennen**

**Tausende**

hochleg. Herren-Anzüge,  
Paletots, Joppen, Hosen etc.  
werden zu Spottpreisen.  
geräumt. — Arbeiter-Garderoben  
enorm billig.

Herren-Anzüge jetzt Mk. 6 an  
Hochf. Anzüge jetzt Mk. 12 an  
Sommer-Paletots jetzt Mk. 5 an  
Herren Hosen jetzt Mk. 1 an  
Herren-Westen von Mk. 1.10 an  
Knaben-Anzüge jetzt Mk. 1 an

Zu Bezug auf Billigkeit und  
Auswahl ist und bleibt

**Sieger  
„Goldene 33“**

Breitstraße 33 erste Etage,  
kein Laden.  
Bei Einkauf über Mk. 25 e. hochf.  
gutgeh. Remontoir-Uhr gratis.

# Erste Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 134

Sonnabend, den 10 Juni 1905

12. Jahrgang.

## Politische Rundschau.

Deutschland.

Aus der Hochzeitpredigt eines Hofgeistlichen.

Der Hofprediger und Garnisonprediger Kessler veröffentlicht im „Berl. Volant.“ aus Anlaß der Hochzeit des Sohnes Wilhelms II. eine schwungvolle Festpredigt. Zu Maß und Breiten unserer Leser seien hier einige Sätze aus dem wiedergegeben: „Alles, was wir schon jetzt aus den jugendlichen Büchern unseres Kronprinzen herauslesen dürfen: die selbständige, vielseitige Veranlagung seines Geistes, das rein menschliche Empfinden seines Herzens, die faszinierende Natürlichkeit und edle Ritterlichkeit seines Wesens, das Kerndeutsche seiner Gesinnung — und was uns aus Mecklenburgs Land und von der Riviera Strand gemeldet wird von unserer Kronprinzessin, von unbewußter Anmut und herzerobernder Güte, von ernster Selbstsucht und klarem Geistesblick — das alles gibt uns Recht und Lust zu rücken, und: „Wohl dem Volke, das jauchzen kann!“ ... Nicht die kühle Politik sondern die warme Herzensliebe war Brautwerberin, Gott selbst — so glauben wir — der geheimnisvolle Vermittler... Nichts Schöneres und Größeres kann von einem Volke gesagt werden, als daß es betend sein Fürstenhaus bedt wie mit goldenem Schilde. Wer will ermahnen, welchen Anteil die Gebete erster Patrioten gehabt haben und noch haben an Segen und Stegen unseres hohen, jollernhausess! Als treue Väter eine unerschütterliche Leibwache bilden zu wollen um das teure Kronprinzenpaar — das sei unser heiliges Gelübde, unsere schönste Schuldigung...“ — Da wir als sicher annehmen können, daß unsere Leser von den schönen Worten des Herrn Hofpredigers so ergriffen worden sind, daß sie selbst über diese erhebende Predigt nachdenken, so können wir uns jedes kommentierende Wort sparen.

Die Folgen der Zollpolitik machen sich auch fernerhin in Gestalt der Auswanderung der deutschen Industrie in das Ausland bemerkbar. Aus Buchholz im Erzgebirge wird der „Voss.“ berichtet, daß der dortige Großindustrielle Kommerzienrat Kurze demnächst in der böhmischen Grenzstadt Weipert eine Zweigniederlassung seiner Fabrik für Rapp-Bohrartikel errichten wird, weil die neue Zollgesetzgebung eine weitere Ausfuhr nach Oesterreich kaum noch möglich erscheinen läßt. Auch die Prägefabriken von F. D. Brauer und von H. W. Gutherlet wandern von Buchholz mit einem Teil ihres Betriebes nach Oesterreich aus. So wird jetzt von Sachsen ein neuer Industriezweig nach Böhmen verpflanzt, weil ihm im Industriestaat Sachsen infolge der verschärften agrarischen Zollgesetzgebung der Nährboden entzogen wurde. Waren können die Prägefabriken nicht mehr ausführen, und deshalb führen sie jetzt ihr Kapital und ihre Arbeiter aus!

Auf einen ministeriellen Geheimfonds, der dem Kampf gegen die Arbeitersekretariate dienen soll, macht unser Wochenblatt aufmerksam. In der 137. Sitzung des preussischen Abgeordnetenhauses, bei der Beratung des Handels- und Gewerbeetat's, regte der Titel 16 die Dreiklassenmänner zu einiger Aussprache an. Es handelt sich um 50 000 Mk., die der Minister schon im Vorjahre gefordert und bewilligt erhielt für die Unterstützung solcher Einrichtungen, die der Rechtsberatung des einfachen Mannes dienen. Um schänkligende Namen ist man nie verlegen im Lager der Reaktionen. Der Berichterstatter Abg. Weuchelt wünscht diesem Fonds noch größere Mittel zuzuführen. „Der Staatsposten ist selbst noch nicht genügend bekannt geworden, sagte Herr Weuchelt. Merkwürdig, sonst weiß man doch „Wohlfahrts-Einrichtungen“ laut hallend bekannt zu machen im Lande, und dieser bisher noch nicht bekannt gewordene Geheimfonds von 50 000 Mk. soll doch auch „Wohlfahrts-Einrichtungen“ dienen! Die Geschichte ist doch recht verdächtig. Zum Glück hing der vorzreffliche Herr Theodor Müller, Handelsminister, der Frage in gewohnt geistlicher Weise die Schelle an. Zunächst sprach der Junker Abg. v. Arnim-Basse vom seine Anerkennung dem Plane aus, den „minderbemittelten Klassen“ die wegen der verzwickten Sozialgesetzgebung notwendige „unentgeltliche Rechtsbelehrung“ zu geben. Selbstverständlich dürfe diese den Rechtsanwälten „in keiner Weise Abbruch tun!“ Den Kommunen sei zu empfehlen, „ungefähr den Weg einzuschlagen, den die Sozialdemokratie einschlug.“ Damit könne ein Wall gegen die Sozialdemokratie aufgerichtet werden. Nun sprach Theodor Müller selbst, bedankte sich für die Bereitwilligkeit, mit der das „hohe Haus“ ihm den bisher noch nicht bekanntem Geheimfonds später erhöhen wolle. Bisher seien die bewilligten Mittel noch nicht ganz in Anspruch genommen worden. Aber er könne die Mitteilung machen, daß jetzt mit zwei Großstädten und acht Mittelstädten Verhandlungen angeknüpft wären zwecks Verwendung der Geheimfondsmittel zur „Rechtsberatung für die minderbemittelten Klassen! Auch mit zwei freien Vereinen“ seien vom Minister dahingehende Verhandlungen angeknüpft, so daß im nächsten Etat vielleicht schon mehr Mittel für den Zweck eingestellt werden müßten. Welchen Zweck verfolgt der Geheimfondsverwalter? Herr Müller sagte es mit folgenden Worten und fand volle Zustimmung des fastsam berühmten Scharfmachers Freiherrn v. Zedlitz-Neukirch: „Die propagandistische Tätigkeit der sozialdemokratischen Partei durch die Rechtsberatung ist ungemessen umfangreich, ungemessen intensiv und ungemessen wirkungsvoll, und wir begehren eine schwere Nachlässigkeit, wenn wir diesem Bedürfnis nicht auf andere Weise entsprechen.“ Das sind recht wertvolle Gründe. Der Minister gesteht ein, daß die 50 000 Mk.

zur Unterminierung der von der organisierten Arbeiterschaft unter großen Opfern ins Leben gerufenen Arbeitersekretariate benutzt werden sollen. Herr Müller ist ein unermüdlicher Arbeiterkämpfer das Zeugnis aus, die Arbeiter „ungemein wirkungsvoll“, worüber dankbar quittiert sei. Aber der kluge Herr Minister beschuldigt zugleich die Staatsbehörden einer schweren Pflichtverletzung, denn es wäre ihre Pflicht gewesen, den unentwickeltesten Klassen unentgeltliche Rechtsberatung zuteil werden zu lassen! Was die Staatsbehörden versäumt, das haben die organisierten Arbeiter wieder weit gemacht, so viel in ihren Kräften stand. Unsere Arbeitersekretariate üben also Funktionen aus, die eine sozialpolitisch handelnde Staatsverwaltung auszuüben verpflichtet ist, wie Herr Müller eingesteht. Wieder ein Beweis, daß die Sozialdemokratie in hervorragendem Maße praktische soziale Arbeit leistet. Da kommt nun der Minister Müller und will nicht etwa die gegenwärtig wirkenden Arbeitersekretariate unterstützen, sondern er beabsichtigt diesen anerkannt vorzüglichen Institutionen aus dem Mitteln seines Geheimfonds die Tätigkeit zu erschweren. Die ministerielle Politik geht dahin, die Schöpfungen der Arbeiterschaft zu zerstören, dazu sind ihm selber, die das steuerzahlende Volk aufzuringelt, zur Verfügung gestellt. Fürwahr, ein Stückchen „preussischer Sozialreform“, welches diese „Sozialreform“ dem Gebilde der ganzen Welt preisgeben muß. Sind doch aus unseren Arbeitersekretariaten Institute geworden, die sich die höchste Anerkennung der hervorragendsten Sozialpolitiker des In- und Auslandes erworben haben. Wenn nun auch das Süppchen des Herrn Müller schon angebrannt ist, bevor er es auf sein Feuerchen stellt, so dient doch zur Klärung der Situation, daß wir den „bisher noch nicht hinreichend bekannten“ Geheimfonds des Ministers gegen Sozialreform der breitesten Öffentlichkeit hiermit vorstellen.

Immer trauriger gestaltet sich die Lage der Bergarbeiter im Ruhrkohlenrevier. Im ersten Quartal 1905 waren aus der Ruhrgrube 263 259 Arbeiter beschäftigt, 6792 weniger als in demselben Zeitraum des Vorjahres. Die Arbeiterabnahme verteilt sich ziemlich auf das ganze Industriegebiet. Als eine Folge des Generalstreiks ist die Ausperserung von noch circa 500 Bergleuten zu nennen, wie in den Versammlungen und in der Fachpresse mitgeteilt wird, im ganzen Gebiet vergeblich um Arbeit nachfragen. Erschütterndes faßt diese Maßregel strikt wieder neue Erbitterung an. Den Mitteilungen der Bergleute in ihren Versammlungen ist, nach der „Berl. Volksztg.“, auch zu entnehmen, daß anscheinend die Bergleute unter sich ein Abkommen getroffen haben dahingehend, daß sie wenigstens einstweilen keine Arbeiter annehmen, die von anderen Bezirken kommen. Bergleute, die sich vorher bei der betreffenden Bergverwaltung erkundigten, ob sie, wenn sie sich auf ihrer alten Arbeitsstätte kündigung, angelegt würden, haben verneinende Auskunft erhalten. Jedoch könne das nicht an Arbeiterüberfluß auf den betreffenden Berg liegen, da die Betriebsführer selbst angäben, es fehle ihnen an tüchtigen Bauern. Sollte ein solches Sperresystem tatsächlich eingeführt sein, so wäre damit die Freizügigkeit der Bergleute im Ruhrgebiet aufgehoben. Diese war aber bei der noch mangelhaften Organisation der Arbeiter bisher das einzige Mittel für den Einzelnen, seine Lage durch Aufsuchung einer besseren Arbeitsstelle zu verbessern. Einen Beweis für die Existenz der geheimen Sperre erblicken die Bergleute auch in den vielfach vorgenommenen Gedingeveränderungen; auf Beschwerden dagegen erwidern die Bergverwaltungen, man könne sich ja „andere Arbeit“ suchen. Andere Arbeit vermöchten die Leute, wie sie versicherten, aber nicht zu finden. Die Mitteilungen der Arbeiter, gestützt auf vorgelesene Lohnziffern, ergeben für März und April geringere Löhne als vorher. Auch aus Einfindungen an die Fachpresse ergeben sich Lohnverminderungen. Meistens bewegen sich die angeführten Löhne für die Hauer und Schläpfer zwischen 70 und 90 Mark für 23 bis 26 Schichten. Die Annahme der von der reaktionären Abgeordnetenhausmehrheit schändlich zugerechneten Regierungsvorlage zum Vergesetz erhöht natürlich weiter die Unzufriedenheit. In allen Bergarbeiterversammlungen wird die Gesetzesnovelle lebhaft kommentiert, keine einzige Stimme aus Arbeiterkreisen spricht sich für die verballhornte Novelle aus. Ueberall geht das Urteil dahin, das Gesetz habe neben unwesentlichen Verbesserungen nur Neuerungen gebracht, die der Praktiker als Verschlimmerungen zurückweisen müsse. Hinzu kommt nun noch das Einlegen von Forderungen, auf einigen Bergwerken wöchentlich je eine. Der direkt nach dem Streik strotzende Geschäftsgang hat schon im April einer relativen Flaue Platz machen müssen. Im Mai kamen schon wieder regelmäßige Forderungen, im Monat Juni und im Hochsommer ist nur eine stärkere Flaue zu erwarten. Einzig die Hüttenzechen halten den Betrieb voll aufrecht, aber sie beschäftigen doch nur 25 bis 30 Prozent der Gesamtbelegschaft. Die reinen Kohlenzechen kommen prozentual immer mehr ins Hintertreffen, wofür die stets lauter werdenden Klagen der Bergarbeiter Zeugnis ablegen. In dessen bewirkt die von den Arbeitern bestimmt behauptete Sperre der Abfindenden, daß auch auf den Hüttenzechen keine für die Belegschaft günstigere Entwicklung des Schichtlohnes vor sich geht. — Die Bergarbeiter sind also nach wie vor die Leidtragenden. Die Scharfmacherblätter aber werden nicht müde, der Welt immer wieder vorzugucken: „'s albt kein schöner Leben als das Bergmannsleben.“ Die im Abgeordnetenhaus schrecklich zerschundene Vorlage der Regierung befindet sich jetzt, wie bekannt, bei den Großagrarikern des Herrenhauses in Appretur. Die Bergarbeiter wissen nun ganz genau, woran sie sind!

Zur Lage in Südwestafrika ist folgende Mitteilung der „Deutsch-Südwestafrika-Zeitung“ bezeichnend: „Der Zustand ist, wie die fortgesetzten Ueberfälle und Viehdiebstähle und das Auftreten kleinerer, aber auch stärkerer feindlicher Banden in den verschiedenen Gegenden zeigen, ganz

unsicher, und es ist leider klar, daß von einer Wiederaufnahme der Wirtschaft unter den jetzigen Verhältnissen einstweilen keine Rede sein kann. Die Raubzüge, die nach Deutschland gegangen sind, um dort ein zünftigeres Leben im Schutzgebiet abzuwarten, müssen deshalb vor der Rückkehr im Augenblick eindringlich gewarnt werden. Solche, die schon zurückgekommen sind, wissen nicht, wo sie hier beginnen sollen, und wählen am liebsten wieder umkehren.“ — Das ist das Ergebnis der „schneidigen“ Kriegsführung des Generals v. Troitz, das Ergebnis eines Kolonialkrieges, der neben zahlreichen Untopfern bereits über 300 Millionen Mark gekostet hat. Eine Veruhigung ist nicht eingetreten!

## Versammlung der Bürgerschaft.

P. L. Lübeck, den 8. Juni 1905.

Der Vorsitzende eröffnet um 7 1/2 Uhr die Sitzung. Auf der Tagesordnung steht die Verstaatlichung der Freymannischen Dampfschiffs-Maschinen-Schule.

Prof. Baethcke äußert sich als Vertreter der Minorität der Kommission, die zur Beratung der Senatsvorlage eingesetzt war. Das Motiv der Verstaatlichung war der unglückliche Ausfall der Prüfung und nicht wie früher angeführt wurde, die Meinerung des Inspektors Bülow, von der Hamburg-Amerika-Linie bezüglich der Nicht-Einstellung von Zöglingen der hiesigen Privatschule. Dann sind Monitas gegen die Art der Prüfung laut geworden. Dieselben sind jedoch jetzt erhoben worden, nachdem der bisherige Modus bereits seit zehn Jahren bestanden hat. Ein wesentliches Motiv für Herrn Freymann, die Verstaatlichung zu wünschen, sind die ganzen wichtigen Verhältnisse der Schule überhaupt gewesen. Daß Herr Freymann persönlich wünscht, festangestellt zu werden, ist natürlich. Aber danach haben wir uns doch nicht zu richten. Wir stehen jetzt vor der Frage: ist die Verstaatlichung erwünscht und ist sie notwendig? Die erste Frage kann man bejahen, jedoch die zweite nicht. Herr Freymann rechnet bei der Verstaatlichung einen erheblichen Ueberschuss für den Staat heraus, während nach Ansicht des Direktors Schulze ein großes Minus entstehen würde. Bald müßte man auch für die staatliche Anstalt größere Räume schaffen, was wieder mit Kosten verbunden ist. Die Modelle, die jetzt in der Schule vorhanden sind, mögen ja allenfalls für den Privatbetrieb genügen, für den staatlichen sicher nicht. Meiner Ansicht nach ist die Verstaatlichung eine ganz unglückliche Spekulation. Ich bin deshalb gegen die Verstaatlichung und für die bisherige Art der Subventionierung. Kann Herr Freymann die Schule dann nicht halten, so muß er eben mit einer anderen Schülerzahl rechnen, oder die Schule eingehen lassen. Einer Erhöhung der Subvention bin ich eventuell nicht abgeneigt, wenn sie notwendig ist. Auch die Oberleitung durch Direktor Schulze dürfte nur ein Provisorium sein. Aus Sparmaßregeln bin ich gegen die Senatsvorlage, um deren Ablehnung ich Sie bitte.

Senator Evers: Es muß anerkannt werden, daß Herr Freymann in der Zeit seines Hierseins etwas geleistet hat, indem er sein Institut zu dem zweitgrößten in Deutschland emporarbeitete. Eine höhere Subvention wie bisher, will er nicht annehmen, lieber soll die Schule eingehen. Unsere Schule hat vor anderen den Vorzug, daß die Zöglinge derselben in erster Linie praktische Ausbildung genießen, gegenüber der Theorie, die in anderen Schulen vorherrscht. Durch das Eingehen der Schule würden wir einen Schritt zurück tun. Ich bitte Sie deshalb, den Senatsantrag anzunehmen.

H. Thiel: Ich möchte zunächst feststellen, daß die Persönlichkeit des Herrn Freymann bei der Stellungnahme der Kommission absolut keine Rolle gespielt hat. Es ist Tatsache, daß z. B. die Hamburg-Amerika-Linie aus liebsten Zöglinge von Staatschulen einstellt. Gewünscht wird es daher von den beteiligten Kreisen, auf einer staatlichen Schule ausgebildet zu werden. Ueber die Notwendigkeit der Schule überhaupt zu streiten, hieße Gulen nach Athen tragen. Ich bitte, der Senatsvorlage zuzustimmen. (Bravo!)

Hempel tritt den Ausführungen Prof. Baethckes entgegen und schließt sich den Worten Thiels an.

Prof. Baethcke verteidigt noch einmal seinen Standpunkt. Er betont wiederholt, daß man in der Bürgerschaft vielfach persönlichen Wünschen nachgibt.

Bayer: Ich möchte erklären, daß die Bürgerschaft sich nicht von persönlichen Wünschen Anderer leiten läßt; ich wenigstens muß gegen eine solche Insinuation energisch protestieren. Sodann tritt Redner für die Senatsvorlage ein.

Senator Dr. Schön: Es handelt sich hier nur um die Frage, ob die Schule verstaatlicht werden oder eingehen soll. Einen anderen Ausweg gibt es nicht. Auch der Verein der Lübecker Reeder hat in einem Schreiben die Notwendigkeit des Bestehens der Schule betont.

Bayer ist gegen die Verstaatlichung der Schule.

H. Thiel tritt nochmals für die Senatsvorlage ein. Nachdem noch die Senatoren Evers und Dr.

Schön sowie die Herren Baethcke, Bayer und Steffen gesprochen hatten, ohne neue Gesichtspunkte vorzubringen, wurde die Senatsvorlage mit großer Mehrheit angenommen. Die Uebernahme der Schule durch den Staat soll am 1. Juli erfolgen.

Schluß 9 Uhr.

## Briefkasten.

A-n. So können wir uns aus dem Schreiben nicht recht vernehmen; sprechen Sie in der Zeit von 12-1 1/2 Uhr oder von 6-7 Uhr abends in der Redaktion vor, damit wir uns mündlich über die Sache unterhalten können.

## Steinfeld-Schmied.

Hamburg, 8. Juni.

Der Schweinehandel verlief lebhaft. Zugeschickt wurden 835 Stück. Preis: Sengschweine — 64 Mk., Bergschweine, schwere 63-64 Mk., leichte — 64 Mk., Sauen 57-60 Mk. und Ferkel 60-63 Mk. pro 100 Stück.

Sonnabend, abends von 5 Uhr an, sowie an beiden Pfingsttagen:

Frischen

**Spiessbraten**

(Spezialität)

**H. Mühly**

14 Holstenstraße 14.

**Georg Behnck**

— Sarg-Magazin —

Leichenwäsche.

Warendorpstr. 4.

**Herren-Anzüge**  
 M. 9.50, 12., 15.50, 19., 22., bis 56.  
 Neueste Façons!  
 eleganter Sitz.  
 Unerreichte Auswahl  
 prima Qualitäten

**LÜBECK**  
 Sandstr. 17.

**Spille & v. Lühmann**

**Neue Sendungen**

erhielten wir in

**Herren- u. Knaben-Garderoben**

und empfehlen billigst, solange Vorrat reicht:

Herren-Anzüge 10.50, 12.00, 14.50, 19.00, 21.00, 27 b. 42 Mk.

Burschen-Anzüge 7.00, 8.50, 9.75, 12, 15, 16.50 b. 23 Mk.

Knaben-Anzüge 1.80, 2.30, 2.70, 3.30, 3.90, 4.50 b. 11 Mk.

Sämtliche besseren Anzüge sind auf Rohhaar gearbeitet.

Hüte, Mützen, Kravatten, Wäsche, Regenschirme.

Damen-Blusen 1, 1.40, 1.70, 2, 2.40, 2.70, 3 bis 9.75 Mk.

Die noch am Lager habenden

Damen- und Kinder-Jackets verkaufen wir jetzt für jeden nur annehmbaren Preis.

**Ein grosser Posten Gardinen**

Mt. 20, 25, 30, 38, 50, 60, 70, 85 Pfg., 1.00 b. 1.35 Mk.

besonders schöne Muster.

Trotz der billigen Preise Rabattmarken.

**Bahr & Umlandt**

Inhaber: Adolf Bahr

31 Breitestr. 31.

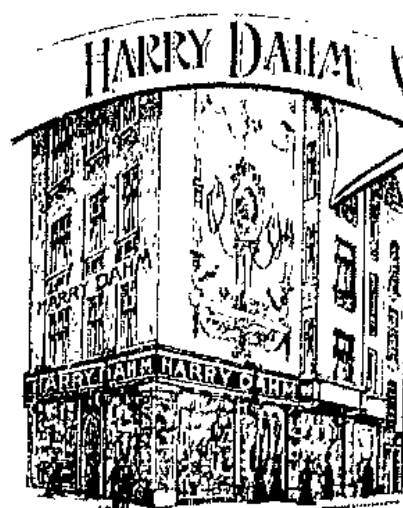
**Krummesser Kümmel**

Die Preise sind von heute ab:

	1 To.	1/2 To.	1 Muder
Doppel-	Mk. 74.—	37.—	25.—
Einfacher	„ 68.—	34.—	23.—

Lübeck, den 8. Juni 1907.

**H. M. Haack, Mühlenstraße 37.**

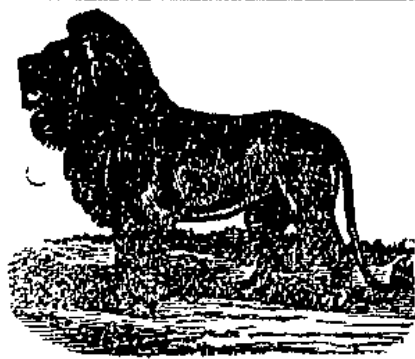


**Harry Dahn**  
 Grösste Auswahl  
 Billigste Preise  
 Filiale: SCHWARTAU Markt Nr. 14  
 Manufactur-Confection u. Aussteuer-Artikel.  
 Schneider-Artikel u. Besätze gr. Auswahl.  
**LÜBECK**  
 Königstr. Nr. 89 (Ecke Wahrstr.)

\* HERRVORRAGENDE NEUHEITEN IN KLEIDERSTOFFEN \*

Sonnabend bis 10 Uhr geöffnet.

Gebe grüne Rabattmarken; nehme Bücher für Mk. 5 und 10 in Zahlung.



**„Tiergarten“**

Arnimstr. 51.

Sonntag (1. Pfingsttag):  
 Geöffnet von morgens 4 Uhr an.  
 Nachmittags:

**Grosses Garten-Konzert**

ausgeführt von der Stadt-Kapelle (Dir. Jacob).

Anfang 4 Uhr.

Anfang 4 Uhr.

Eintrittspreis für Erwachsene 10 Pfg., wofür Programm.  
 Kinder in Begleitung Erwachsener frei.

2. Pfingsttag:

**Unterhaltungs-Musik**

in den Gaststuben sowie in der Halle.

Eintritt frei.

Eintritt frei.

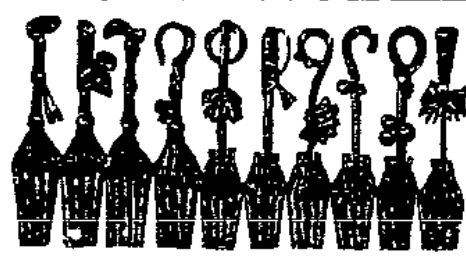
Hauptfütterung der Tiere 6 Uhr.

W. Grammerstorf.

Junge Löwen.

Junge Löwen.

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.



**Schirmfabrik**

H. Stoppelman

empfiehlt Sonnen- und Regenschirme zu konkurrenzlos billigen Preisen.

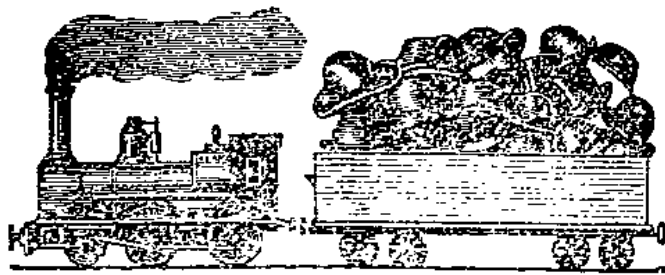
Grösste Auswahl am Plage.

Königstraße 73,

Eingang Huxstraße.

Gebe grüne Rabattmarken.

Nehme halbe und volle Bücher in Zahlung.



**Hut-Bazar**

Neuheiten in modernen eleganten

Herren-Hüten

sind wieder eingetroffen und empfehle zu bekannt billigen Preisen

Stroh Hüte und Mützen.

H. Stoppelman.

**Knaben-Anzüge**  
 M. 2.20, 3.00, 3.75, 4.50 bis 26.

Hochmoderne  
 chice Façons

in  
 hervorragender Auswahl  
 für jedes Alter

**LÜBECK**  
 Sandstr. 17.

**Spille & v. Lühmann**

Frau Horstmann, Hebamme  
 wohnt Schwönekquerstraße 2.

**Vom Abbruchlager Kanalstr.**

unterh. der Glodengießstr., Telefon Nr. 1598,  
 billig zu verkauf. Bretter, Eichen- und Föhren-  
 Balken in verschiedenen Längen und Stärken,  
 Sparren, Fensterluchter, Türen, große  
 eiserne Fenster und Säulen, Dachpfannen,  
 Brennholz, Eichen per Meter Mt. 6 50,  
 Tannen I per Mtr. Mt. 5 50, Tannen II per  
 Mtr. 4 50, Tannen Heimgemacht per Saft 60 Pf.,  
 Eichen Heimgemacht per Saft 80 Pf., ab Lagerbl.  
 Sonntags vormittags von 7-9 Uhr geöffnet.

Empfehle meinen

Rasier- und Haarschneide-Salon  
**Ant. Dahn**, Friseur  
 Danwardgrube 63.

Feinste französische EBkartoffeln

Saß 50 Pfg.

Magnum bonum, Saß 30 u. 40 Pfg.

empfehle billigst

W. Bollow, Ludwigstr. 57.

# 20%

Um meine kolossal grossen Lager in Herren-Jackett-, Rock- und Gehrock-

# Anzügen

# 20%

bis Pfingsten möglichst zu räumen, gebe ich auf jeden Herren-Anzug 20 Prozent Rabatt.  
Anzug sonst 15 18.00 | 21.00 | 23.00 | 25 | 26.00 | 28.00 | 30 | 31.00 | 33.00 | 36.00 | 40 | 42.00 | 45.00 Mk.  
Anzug jetzt 12 | 14.40 | 16.80 | 18.40 | 20 | 20.80 | 22.40 | 24 | 24.80 | 26.40 | 28.80 | 32 | 33.60 | 36.90 Mk.  
Für jede Figur passende Anzüge in grosser Auswahl; tadelloser Sitz.

Rabatt auf jeden Herren-Anzug.

**Louis Levy, Lübek,** 5 Klingenberg 5  
2-4 Ecke Marlesgrube 2-4.

Rabatt auf jeden Herren-Anzug.

Empfehle in hiesiger Verkaufsstelle:

## 23 Markthallenstand 23

### sämtliche Wurstwaren

zu billigen Tagespreisen. Besonders ein Posten la. weiche Teruelwurst, à Pfund 1,00 Mk. bei Abnahme von 3 Pfund billiger. Billigste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.

**F. A. Raedler, Westerrade,**  
Ferneruf Geschendorf Nr. 8. Wurst- und Fleischwarenfabrik.

# Zum Fest.

## Milchtrinkgarten der Hansa-Meierei.

Eis, selbstgeb. Waffeln.

Neuheit! Milchautomat für warme und kalte Milch mit selbsttätiger Becherausgabe.

### Achtung!

Bringe mein Lokal sowie meinen großen schattigen Garten dem geehrten Publikum in empfehlende Erinnerung. Für ff. Biere und kalte Süsse ist bestens gesorgt.

Hochachtend

**H. Bahrd, „Unter den Linden“, Israelsdorf.**

# W. Rahfoth

i. F. J. Schlichting

Untertrave No. 113

Wein- u. Spirituosenhandlung

empfehlen

Medizinal-Tokayer, Portwein, Malaga, Samos, Madeira, Sherry, Rot- und Weisswein, Rum, Kognak, Arrak etc.

## Schweizer Käse

Pfund 80 und 100 Pfg.

## Holländ. Käse

Pfund 80 und 100 Pfg.

## Altenvollfetten Zilsiter

Pfund 60 Pfg.

### Butterhandlung

„Zur Krone“

Inhaber: Otto Baake.

## Travemünde.

Allen Freunden und Bekannten sowie Vereinen und Klubs empfehle meine Lokalitäten zu Ausflügen und Abhalten von Festlichkeiten. Ferner habe auch möbl. Zimmer bei soliden Preisen zu vermieten.

Hochachtungsvoll

**Gustav Kähler.**

## Rensefeld.

Am zweiten Pfingsttage:

### Großes Ringreiten.

Anfang nachmittags 2 Uhr.

Dazu laden freundlich ein

**Die lustigen Reiter und G. Sternberg.**

## K Ü C K N I T Z.

— **W. Dieckelmann's Gasthof.** —

Travemünder Chauffee

10 Minuten von Station Waldhufen

Neu renoviert!

Neu renoviert!

**Neuerbauter Tanzsaal mit Parkettfußboden.**

Schattiger Garten, Zimmer mit Pension für Sommergäste.

**Herrinnen und Ausflügler bestens empfohlen.**

Gute Speisen und Getränke

Aufmerksame Bedienung.

Am 2. Pfingsttage:

**Grosses Ringreiten und Tanz.**

W. Dieckelmann.

## Friedrich-Franz-Halle.

genannt: Zum grauen Esel.

Am 1. Pfingsttag von morgens 5 Uhr an geöffnet.

Angenehmer Aufenthalt für Familien.

Schöner geschützter Garten.

Spezialität: Eigengebackener Kuchen.

**Grammophon-Vorträge.**

Ausschank von nur ff. Lück'schem Bier.

# „Breitestraße 25“

bei Pülschen

kommen heute im Separat-Verkauf von Markmann & Meyer

## Herren-Anzüge

## Knaben-Anzüge

zu solch niedrigen Preisen zum Verkauf, welche alle bisherigen Angebote an Billigkeit weit übertreffen sollen, teils

### für die Hälfte des Wertes.

Nur streng reelle Bedienung!

Größte Auswahl!

Beste Qualitäten!

# Markmann & Meyer

bis 10 Uhr geöffnet. Für diesen Verkauf Breitestraße 25, bei Pülschen.

Es werden auch Rabattmarken ausgegeben.



P. P.

Einem verehrlichen Publikum Lübecks und Umgegend gestatte ich mir, hiermit die Mitteilung zu machen, daß ich ab 1. Juni das

# Petroleum- und Seifen-Geschäft

des Herrn F. Weber

übernommen habe und dasselbe unter derselben Firma weiterführe. Es wird mein Bestreben sein, meine wertigen Kunden nach wie vor gut und reell zu bedienen und bitte ich, das der Firma bisher geschenkte Vertrauen auch auf mich übertragen zu wollen.

F. Weber C.=G., Inh.: H. Möller.

Kontor und Anlage: Schwartauer Allee 145. Fernsprecher 352.

## Lübecker Strassenbahn

und

### Allgem. Lokal- u. Strassenbahn-Gesellschaft, Betriebsverwaltung Lübeck.

Richten an Eltern und Lehrer die höfliche Bitte, Kinder auf die Gefahren des Spielens in solchen Straßen, in denen unsere Straßenbahnwagen verkehren, aufmerksam zu machen und nach Möglichkeit das Spielen innerhalb der eigentlichen Fahrstraße zu untersagen. Auch bitten wir darauf hinwirken zu wollen, daß niemals ein Gleis überschritten wird, bevor nicht ein Blick nach beiden Fahrrichtungen gewendet ist. Selbst wenn eine Annäherung nicht zu erwarten ist, möge doch niemals unterlassen werden, vor Gleisüberschreitung kurz nach rechts und links zu schauen. Schwerhörigen diene dieses als Regel!

Auch an Fußgänger und insbesondere an Radfahrer richten wir das höfliche Ersuchen, der Straßenbahn-Fahrstraße die notwendige Aufmerksamkeit zuwenden zu wollen, um zu vermeiden, daß etwa infolge Unachtsamkeit Unfälle herbeigeführt werden! —

## Fahrplan

der

### Lübecker Strassenbahn.

Linie: **Bahnhof—Marli,**  
giltig vom Juni 1905.

Marli	ab	630	650	700	710	720	alle 10 Min. u. abds.	940	950	1010	1030
Hüxtertor	"	638	658	708	718	728	" "	948	958	1018	1038
Königstraße	"	642	702	712	722	732	" "	952	1002	1022	1042
Breitestraße	"	648	708	718	728	738	" "	958	1008	1028	1048
Bahnhof	an	655	715	725	735	745	" "	1005	1015	1035	1055
Bahnhof	ab	700	720	730	740	750	alle 10 Min. u. abds.	1010	1020	1040	1100
Breitestraße	"	708	728	738	748	758	" "	1018	1028	1048	1108
Königstraße	"	712	732	742	752	802	" "	1022	1032	1052	1112
Hüxtertor	"	718	738	748	758	808	" "	1028	1038	1058	1118
Marli	an	725	745	755	805	815	" "	1035	1045	1105	1125

**Fahrpreis 10 Pfennig.**

Für Kinder im Alter von 3 Jahren bis einschließlich 6 Jahren  
nur 5 Pfg.

Zeit-, Schüler- und Arbeiter-Fahrten, sowie die Bestimmungen über die Erteilung und Benutzung dieser Karten werden an der Geschäftsstelle der Straßenbahn verausgabt.

Lübecker Straßenbahn,  
Hövelnstraße 10, Marli.

## Achtung Schmiede!

Die Versammlung am  
Sonntag den 10. d. Mts.  
fällt aus.

Der Vorstand.



Arbeiter-  
Radfahrer-  
Verein  
LÜBECK.

Gegründet 1894.

Sonntag den 11. Juni:

### Gautour nach Wismar.

Abfahrt gemeinschaftlich mit den Ham-  
burger, Fackenburger und Schwartauer  
Genossen morg. 6 Uhr vom Vereinsthaus.

Zahlreiche Beteiligung erwünscht.  
Der Gauvorstand,  
NB. Sonntagabend abend Empfang der  
Hamburger Genossen. Entgegenfahren  
abends 8 1/2 Uhr und 11 Uhr vom Ver-  
einsthaus.

### Kaffeehaus Moising.

Am 2. Pfingsttage:

Grosses

### Vogel-Schießen mit Ball

Anfang des Schießens vorm. 10 1/2 Uhr.  
Anfang des Balles nachm. 6 Uhr.  
Hierzu ladet freundlichst ein

A. Schreiber.



Arbeiter-  
Turn-Verein  
Lübeck.

### Pfingstturnfahrt

nach dem

### Schallsee

am 1. Pfingsttage den 11. Juni.

Abmarsch präzis 5 1/2 Uhr  
vom Vereinstokal Sundstraße 41.  
Der Fahrpreis beträgt Mk. 1.60.  
Zahlreicher Beteiligung sieht entgegen  
Der Vorstand.

### „Lübecker Hafenfähre“

### Pfingst-Früh tour

von Lübeck nach Schwartau  
mit unserm eleganten Doppelschrauben-Dampfer

### „St. Lorenz“.

Am 1. Pfingsttage Abfahrt um 5 und  
6 Uhr morgens von der Drehbrücke.  
Von 8 Uhr an wird fahrplanmäßig ge-  
fahren.

Fahrpreis à Person 10 Pfg.

### Stadt-Kalle.

Sonntag: Abonnements-Vorstell. 32.  
Zum letzten Male. Halbe Preise.

### Sodoms Ende.

Anfang 7 Uhr. Von 6 1/2 Uhr: Konzert.

1. Pfingsttag: Mit aufgeh. Abonnement.  
Der Kaiserjäger.

2. Pfingsttag: Aufgeh. Abonnement.

Die Weber.



# Zweite Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 134

Sonnabend, den 10 Juni 1905.

12. Jahrgang.

## Im Wechsel der Zeiten.

Mit dem Siege der Japaner über die hollische Flotte ist wiederum eine alte Seemacht verrichtet. Rußland zählt unter den Seemächten vorläufig nicht mehr viel mit, wenn nicht die kapitalistische Spekulation unserer Zeit eines ihrer „Wunder“ tut und der bekannte Stahltrübschwab in Newyork seine „Offerte“ verwickelt, die er an Rußland gerichtet hat. Erhält er den Auftrag, so wird er ihn „effektieren“, indem er eine völlig neue Panzerflotte für den Jaren erbaut. Inzwischen stehen der Sache doch einige Hindernisse im Wege. Einmal wird Rußland seinen Kredit schwerlich so haben können, daß es die Bezahlung der „Ware“ verbürgen kann; dann geht die Sache doch auch nicht im Handumdrehen und des weiteren gibt es auch völkerrechtliche Schwierigkeiten. Das nordamerikanische Kapital wird sonach hier kaum „rettend“ eingreifen können.

Der Untergang der russischen Seemacht regt zu allerlei historischen Betrachtungen an. So schreibt Genosse W. Bloss in der „Leipziger Volkszeitung.“ Wie viele Staaten sind schon Seemächte ersten Ranges gewesen, die heute kaum mehr einen Schatten davon oder nicht einmal das vorstellen! Wir denken dabei nicht an das Altertum, an persisch, indisch, griechische und karthagische Flotten; wir wollen nur den Wechsel in den neuzeitlichen Erscheinungen betrachten. Welche eine Seemacht ist einst Spanien gewesen, namentlich in der Zeit, da es einen Hauptbestandteil des Reiches bildete, in dem „die Sonne nicht unterging!“ Welche ein äußerlicher Glanz, als die spanischen Silberflotten die Schätze der „neuen Welt“ nach Spanien schleppten! Niemand mochte damals ahnen, daß mit dieser Ueberfülle von Edelmetall der wirtschaftliche Niedergang Spaniens eingeleitet wurde. Dann kam die große Niederlage der berühmten Armada, die zum Teil durch Zufälle herbeigeführt, dennoch die innere Schwäche Spaniens offenbarte. Während auf dem Lande die spanische Infanterie zweihundert Jahre lang fast unüberwindlich blieb, kam die spanische Seemacht immer mehr in Verfall. Die Wasserengen wußten im niederländischen Freiheitskampf die spanischen Flotten zu überwinden. Die Reste der spanischen Seemacht wurden in unsern Tagen durch die Nordamerikaner vernichtet; eine uralte Militärmacht erlag einer hundertjährigen Republik.

Im Orient hatte sich die Türkei zu einer Seemacht ersten Ranges entwickelt. Türkische Flotten im Verein mit denen der Raubstaaten von Nordafrika setzten Europa in Schrecken, plünderten die Küsten des Mittelmeeres und schleppten Hunderttausende in die Sklaverei. Die große Seeschlacht von Lepanto 1571 brach die türkische Seemacht; von da ging sie ständig zurück. Doch erst die Vernichtung der türkisch-ägyptischen Flotte in der Seeschlacht von Navarino 1827 durch die vereinigten Flotten der Weltmächte beendete der türkischen Seemacht ein Ende. Türkische Flotten bestehen heute meist nur auf dem Papier.

Die von der spanischen Herrschaft befreiten Niederlande hoben sich rasch zu einer Kolonial- und Seemacht ersten Ranges erpor. Aber sie mußten mit England in Kampf geraten und unterlagen trotz anfänglicher Ueberlegenheit. Es ist sehr lange her, seitdem niederländische Kriegsschiffe die Themse hinaufgefahren sind.

Welch mächtige Rolle spielten einst Venedig und Genua, diese oligarchischen Republiken, als Seemächte! Und heute wird die Seemacht von ganz Italien nicht sonderlich hoch angeschlagen, trotzdem man seit den Niederlagen von 1866 gewaltige Anstrengungen gemacht und sich dabei finanziell „verbaut“ hat.

Frankreichs Seemacht hat sich von ihren großen Niederlagen schwer erholt. Sie wurde wohl am schwersten durch die Niederlagen von Abukir 1798 und von Trafalgar 1805 betroffen. Während Napoleon sein europäisches Reich auf dem Lande schuf, vernichtete Nelson die französischen Flotten. Zwar konnte Frankreich 1830 den Raubstaat Alger erobern,

aber im Kriege von 1870 richtete die französische Flotte in den deutschen Gewässern so gut wie gar nichts aus, obgleich die deutsche Marine sich noch in den Anfangsstadien ihrer Entwicklung befand.

Auch die skandinavischen Reiche, die einst mit den skandinavischen Flotten der Hanse gekämpft, sind als Seemächte stets im ganzen im Rückschritt geblieben.

Nordamerika als neue Seemacht ist rasch unter die Mächte ersten Ranges getreten. Im Sezessionskrieg der sechziger Jahre entwickelte man dort eine ganz neue Technik in der Marine. Der Imperialisimus hat diesen Staat angeleitet, seine Flotten rasch zu vermehren.

Die englische Seemacht hat ihre alte Ueberlegenheit bewahrt, und wenn das Wettrüsten zwischen England und Deutschland wie bisher weitergeht, werden wir den Kürzeren ziehen. Als neue Seemächte sind also nunmehr Deutschland, Nordamerika und Japan hinzugekommen. Die alten großen Seemächte sind mit Ausnahme Englands und Frankreichs verschwunden, begrabert oder zu Schatten geworden.

Da fällt es nun auf, daß von den heute hauptsächlich in Betracht kommenden Seemächten England und Japan Inselreiche sind, die nicht so leicht einen feindlichen Angriff zu befürchten haben. England hat sich daher bis auf unsere Zeit für die vereinigten drei Königreiche mit einer Mittelbegünstigung, ebenso Nordamerika, dessen geographische Lage einen größeren feindlichen Angriff zu Lande auch nicht leicht macht. Die einzige große Seemacht, die ihre mehr zentrale Lage hat, ist Deutschland.

Man wird wohl kaum behaupten können, daß diese Entwicklung der großen Seemächte zufällig ist. Sie hängt mit den geographischen, wirtschaftlichen und historischen gewordenen Verhältnissen eines jeden Landes zusammen.

Indem nun eine neue große Seemacht im fernen Osten entstanden ist, tritt eine neue Verschiebung der Verhältnisse ein.

Eine große, stets überlegene Seemacht dauernd zu begründen, das ist in der neueren Geschichte nur England gelungen. Man wird nicht fehlgehen, wenn man diese Erscheinung darauf zurückführt, daß die großen Hilfsquellen Englands, die sich in seinem großen Kolonialbesitz befinden, die Mittel für die Unterhaltung und Ausgestaltung einer so gewaltigen Seemacht liefern können. Daraus mag man die erforderlichen Schlüsse auf die Zukunft der anderen Seemächte ziehen.

## Soziales und Parteileben.

Mit dem Gewerkschaftskongress beschäftigte sich eine in Leipzig abgehaltene Holzarbeiter-Versammlung. In derselben wurde folgende Resolution gegen drei Stimmen angenommen: „Die heute am 6. Juni im Volkshaus tagende Versammlung, in der die Holzarbeiter Leipzigs den Bericht über den Gewerkschaftskongress entgegengenommen haben, bedauert lebhaft die Haltung des Kongresses in den zwei Punkten der Tagesordnung: Generalstreik und Matseier und spricht ihre schärfste Mißbilligung über den resultatlosen Verlauf der Debatte aus. Insbesondere bedauert die Versammlung die Zurückziehung sämtlicher Resolutionen in Sachen Matseier, da es dadurch vereitelt wurde, eine bestimmte Parole für die zukünftigen Matseier auszugeben. Da die Holzarbeiter Leipzigs in der Arbeitsruhe die einzige und wirksamste Demonstration für die auf dem internationalen Arbeiterkongress in Paris 1889 aufgestellten Forderungen erblicken, beschließt die Versammlung für strikte Durchführung der Arbeitsruhe am 1. Mai Sorge zu tragen.“

**Beendigung des Brauereiarbeiterkampfes in Rheinland-Westfalen.** In einer Dienstag stattgehabten Versammlung der Kölner Birte-Janung wurde nach bürgerlichen Zeitungsmeldungen durch den Vorsitzenden, Stadtrat Brens, in Sachen des Bierbrauereiarbeiterstreiks mitgeteilt, der Boykott sei im letzten Stadium angelangt.

Die Arbeiter hätten Bedingungen gestellt, die vom Brauerling angenommen würden, sobald in höchstens 14 Tagen die Sache erledigt sein dürfte. Nach Beendigung des Bierboykotts sollen die Birte bei ihren Bierlieferanten Ansprüche auf Entschädigung stellen. Würden diese abgelehnt, so würde die Janung auf ihre Kosten durch Erhebung von Klage die Rechte der Birte schützen.

Die Berliner Gewerkschaftskommission verhängte im Einverständnis mit den Vertrauensleuten der Berliner Parteiorganisationen den Boykott über die Dresdener Zigarettenfabriken, welche ihre Arbeiterinnen ausgeperrt haben.

Der Crimmitschauer Bierboykott vor dem Reichsgericht. Im März 1903 hatte der Tischler Köhler zu Crimmitschau als Vorsitzender des Gewerkschafts-Kartells Kundgebungen an die gesamte organisierte Arbeiterschaft erlassen, das Bier der Wumertischen Brauerei zu boykottieren, da dieselbe die tarifmäßigen Bedingungen nicht eingehalten und zwei Brauer unrechtmäßig entlassen habe. Diese Kundgebungen bestanden u. a. auch in Inseraten, welche in dem „Sächsischen Volksblatt“ in Bwidau erschienen und die Arbeiterschaft zum Bierboykott aufforderte. Der Vorsitz der Brauerei erwirkte beim Amtsgericht Crimmitschau eine einstweilige Verfügung, wonach Köhler und dem „Volksblatt“ die Unterlassungen solcher Kundgebungen auferlegt wurden; zugleich erhob der Brauereibesitzer auch Klage in demselben Sinne beim Landgericht Bwidau. Dieses Gericht hat nun die einstweilige Verfügung aufgehoben und der Bierstreik begann wieder von neuem, bis durch das Berufungsgericht des Ober-Landesgerichts Dresden die erst erlassene Verfügung wieder als zu Recht bestehend anerkannt und das landgerichtliche Urteil somit aufgehoben wurde. Nunmehr legten die Beklagten Revision beim Reichsgericht ein, die das Interesse der Organisation an dem Bestehen eines solchen Boykotts betonte. Der 6. Zivilsenat des Reichsgerichts trat in die direkte Prüfung der Sache aber nicht ein, sondern hat die Revision als unzulässig zurückgewiesen, da das vermögensrechtliche Interesse des Klägers nicht die Höhe der Revisionssumme (1500 Mk.) erreiche. Die Höhe des etwa entstandenen Schadens wurde auf 300-400 Mk. geschätzt.

## Aus Nah und Fern.

**Der Strafvollzug auf der Anlagobank.** Der Blöhensee-Prozess ist endlich so weit gediehen, daß sich ein völlig klares Bild wenigstens eines Teiles des umfangreichen Beweismaterials ergibt. Die Behauptung der Angeklagten, der Strafgefängene Willy Grosse sei erweisbar geflüchtet, werde aber trotzdem im Gefängnis gehalten und mit schweren Disziplinarstrafen behandelt, hat sich als völlig richtig erwiesen. Willy Grosse, der als jugendlicher Mörder vor neun Jahren in Blöhensee interniert wurde und jetzt noch dort verweilt, ist geflüchtet, und er ist es schon gewesen, als er den entsetzlichen Mord an dem Justizrat Lepp vollbrachte. Keiner der als Zeugen oder Sachverständigen geladenen Ärzte hat die Behauptung gewagt, daß Willy Grosse geistig völlig gesund sei, zwischen dem zurückhaltenden Urteil Leppmanns und den zuverlässigeren Betanungs-; schließlich stellte sich doch mit der größten Sicherheit heraus, daß bei Grosse alle Symptome einer geistigen Erkrankung zusammenzutreffen. Schließlich war auch dieses Ergebnis nicht überraschend. Denn die Veröffentlichungen über den Fall Grosse beruheten ja auf amtlichem Aktenmaterial, dessen Richtigkeit nicht bestritten werden konnte. Um so mehr muß man sich darüber wundern, daß die erneute Feststellung einer ohnehin aktenmäßig erhärteten Tatsache auf so entscheidenden und zähen Widerstand stieß, daß man drei Wochen dazu brachte, um Klarheit über einen Sachverhalt zu schaffen. Das geltende System des Strafvollzugs aber scheint durchaus dazu angetan, alle Hoffnungen im Keime zu künden und

## Silbermanns Schicksale.

Erzählung aus dem Nachlasse Th. Müggers.

4 Fortsetzung.

„Allen Spaß bei Seite,“ fuhr Werber fort, „ich wüßte nicht, für wen ich mich im Leben mehr interessiert hätte, und ich will Ihnen die Wahrheit sagen, Fräulein Dörchen, es ist nicht etwa von gestern und heute, nein, von länger schon. Ich habe Sie in dem Geschäft gesehen und Erkundigungen eingelesen über das reizende, junge Mädchen, und was ich hörte, war lauter Gutes und Schönes. So fleißig, so fleißig, so edelherzig, sorgte für die alte Mama, arbeitet früh und spät, ist immer heiter, immer froh und geschickt in allen Dingen.“

„Es ist wahr! Es ist wahr!“ flüsterte der Meister. „Und es ging mir ins Herz,“ fuhr Herr Werber fort. „So ein liebes schönes Kind, sagte ich, so gut, wie schön, muß sich so quälen, und hat so wenig davon. Da fiel mir etwas ein, und ich leugne es nicht, mein liebes Kind, ich bin zu Ihnen gekommen, um Ihnen einen Vorschlag zu machen, wie Sie Ihr Leben und Ihre Zukunft angenehmer und vor aller Not sicher stellen können.“

„Jetzt kommt es! Jetzt kommt es!“ flüsterte Silbermann. „Sehen Sie,“ fuhr Herr Werber fort, „ich bin nicht mehr ganz jung, aber ich bin wohlhabend, bin reich und habe keine Erben, bin auch nicht verheiratet. Meine Hausmutter will sich einen Mann nehmen, mich verlassen, und hat ihre Augen auf einen geworfen, dem sie an tausend Taler mitbringt — alles bei mir erspart. Nun habe ich gedacht, ich nehme die Mama zu mir und Fräulein Dörchen natürlich auch; wir machen eine kleine Familie — verstehen Sie, so recht hässlich, recht einig und innig, und es soll meine Sorge sein, daß es Ihnen an nichts fehlt, was Sie sich wünschen können. Nicht den Finger ins Wasser sollen

Sie tauchen, wenn Sie nicht wollen. Die niedlichen Fingerchen sollen so fein werden wie Seidenpapier, und es soll keine junge Dame schöner aussehen, keine Gräfin soll es Ihnen nachmachen, denn meine Mittel erlauben es.“ Darauf schlug Herr Werber auf seine Tasche, daß ein heller Klang sich hören ließ und seine Augen nahmen einen Blick an, der deutlich sagte, solchen Mitteln kann keiner widerstehen, du auch nicht.

„Was wird es werden? Was wird sie nur darauf sagen?“ stöhnte der Meister leise, als er keine Antwort vernahm.

„Sie lächen?“ rief Herr Werber. „Sie glauben wohl noch nicht, daß es Ernst ist? Aber es ist so heilig wahr, wie ich hier sitze, und wenn Sie zweifeln, will ich es Ihnen schriftlich geben. Vor einer Gerichtsperson will ich eine größere Summe notariell festsetzen, die Ihnen gleich gehören soll.“

„Ach das leidige Geld, das verwünschte Geld,“ seufzte Silbermann.

„Ich danke Ihnen, Herr Werber,“ sagte Dorothea zu gleicher Zeit etwas hastig und scharf, „aber ich kann davon keinen Gebrauch machen.“

„Sie können davon keinen Gebrauch machen? Es ist lustig, es ist allerlieblich!“ rief er, ohne abgesehen zu sein. „Ich meine es ja besser mit Ihnen, wie irgend ein Mensch in der ganzen Welt, Fernsicht; warum wollen Sie also keinen Gebrauch davon machen? Sie sollen nicht mehr arbeiten, sollen ein angenehmes Leben führen und die Mama auch. Fragen Sie die Mama, was sie sagt, fragen Sie sich selbst, was vernünftig ist.“

„Das Vernünftigste ist, daß wir nicht weiter davon reden und daß wir schlafen gehen, denn es wird gleich zehn Uhr schlagen.“

„Lassen Sie es schlagen, teueres Mädchen, aber schlagen Sie nicht aus, was Ihr Glück ist. Glücklich sollen Sie sein, glücklich will ich Sie machen. Auf den Händen sollen Sie

von mir getragen werden, alle Ihre Wünsche will ich erfüllen.“

„Wirklich, Herr Werber, wollen Sie das wirklich?“ fiel Dorothea hastig ein. „Könnte ich mich ganz fest darauf verlassen?“

„Da haben wir's! Jetzt ist's vorbei!“ murmelte der arme Meister.

„Wie auf mein Leben! Wie auf einen Felsen!“ rief Herr Werber.

„Dann wünsche ich, daß Sie aufhören und kein Wort mehr sprechen,“ antwortete Dorothea in einem Ton, der ihren Geliebten mit Wonne erfüllte.

„So, wahrhaftig?“ rief der Spekulant, halbgläubig, halb zum Ausbruch seines Aergers geneigt. „Aber was wollen Sie denn, bestes Kind? Sehen Sie her, hier habe ich fünfzig Taler. Das ganze Jahr bekommen Sie kaum so viel für alle Ihre Arbeit. Kaufen Sie sich morgen etwas dafür, und wenn das Geld alle ist, holen Sie sich neues bei mir; ich gebe Ihnen, so viel Sie wollen.“

„Danke Ihnen schön, danke Ihnen ganz untertänigst,“ erwiderte sie, ohne im Nähen einzuhalten. „Strecken Sie es nur wieder ein, bitte, strecken Sie es wieder ein.“

„Warum denn, schönes Dörchen, warum denn?“ fragte er, in ihr Gelächter einstimmend. „Was haben Sie dagegen zu sagen?“

„Es ist mir zu wenig,“ antwortete sie.

„Ah so, daran liegt es?“ fuhr er fort. „Aber ich sage Ihnen ja, Sie sollten mehr haben, so viel Sie wollen. Es soll ja nur ein kleines Handgeld sein.“

„Meinen innigsten und gefühlvollsten Dank, teuerster Herr Werber, aber ich verlange ungeheuer viel.“

„Wie viel denn, wie viel denn?“ rief er, seine Hände vergnügt reibend.

„Wenigstens eine halbe Million!“

„Ah, Sie Spatzvogel, Sie allerliebster kleiner Spatz-

die Erziehung der Verbrecher zu lebensfähigen Menschen vollends unmöglich zu machen. Wenn Willy Große in sechs Jahren als Einunddreißigjähriger wieder in die Freiheit hinaustritt — vorausgesetzt, daß der rasche Fortschritt seiner Krankheit dem Fenster nicht die Arbeit abnimmt, — wird er der Gesellschaft viel gefährlicher sein als damals, als er durch den jähen Ausbruch seines Mörderinstinkts seine Familie und die ganze Welt in entsetzlicher Weise über- raschte. Der Strafvollzug, wie er heute an Willy Große und seinesgleichen geübt wird, ist nichts weiter als eine zwer- und gedankenlose Menschenquälerei. Mit dem bequemem Argument, solche Verbrecher verdienten eben kein Mitleid, kommt man um keinen Schritt weiter, aber hundert Juristen, will sich damit schließlich jede vielfach rohe Mißhandlung des Verbrechers durch Marterwerkzeuge ebenso gut „rechtfertigen“ lassen. Frage bleibt immer nur, was erreicht wird. „Wer sich eine längere Gefängnisstrafe zuzieht,“ sagte sogar der Sachverständige des Staatsanwalts, „begeht chronischen Selbstmord“ — oder aber es wird der Anstoß zu einer neuen Reihe von Verbrechen gegeben, die die Gefangenen notwendig begehen müssen, sobald sie wieder in die Freiheit hinaustraten. Und dieses Verfahren wird zum Überdruß, wenn es an Menschen geübt wird, deren Verbrechen von der Wissenschaft ohne weiteres auf eine krankhafte Veranlagung zurückgeführt wird. Das Gefängniswesen von heute ist nicht heilsam, erzieherisch, schöpferisch, sondern es ist die Brutstätte aller Keime der Verführung. Der Fall Willy Große ist typisch.

„Na, vorläufig sind Sie ja noch nicht tot!“ über die „Annehmlichkeiten“, welche dem Suffraganpublikum in Berlin beim Einzug der Kronprinzessin bereitet worden sind, schreibt ein Einsender im „Berl. Tagebl.“ wie folgt: „Immer wieder ritten sie (die reisenden Schaulustige) drauf los, nachdem der Vorberreich — in der auch ich jetzt stand — jedes Zurückweichen durch eine zwangsgemachte Menschenmauer unmöglich gemacht war. Die Hüfte und Leib der Pferde gefährdeten Männer, Frauen und Kinder, die sich trotz allem „Buzick, zuzick!“ einfach nicht von der Stelle rühren konnten. Die Kinder der Frauen, wahnsinnig vor Angst; Frauen wurden von Uebelkeit und Weintrampf befallen. Kein Wunder, daß die sanitätsmännlichen Hunderer von Malen zu tun bekamen! Ich betore, daß alles ruhig und ordentlich zugeht, bis die Schaulustige heranzitren, und daß der Zug der Kronprinzessin in der nächsten Viertelstunde noch nicht kam. Es ist hochsträubend, daß man als sterner- zehender Straußbürger sich gefallen lassen soll, bei einem friedlichen Spaziergang seine Knochen den Hüften der Polizeipolizei darreichen zu müssen! Als ich dicht neben mir drei kleine Kinder im Alter von etwa fünf bis zwölf Jahren bedrängt sah, rief ich dem Vorkämpfer zu: „Aber Mann, seien Sie doch verträglich! Sie begehen ja geradezu Mord!“ Rühl rief er mir von oben herab zu: „Na, vorläufig sind Sie ja noch nicht tot!“ — Würden die Gaffer hüßig im Hause geblieben sein, dann hätten sie sich einer solchen Behandlung nicht entzogen.“

„Lieb Vaterland, magst ruhig sein!“ Unter dieser Überschrift veröffentlicht der „Wlarns Polak.“ in seiner Nummer 120 einen Straßespiel folgenden Inhalts:

Na den Schreiner  
Herrn Julius Dronia  
zu Bochum,  
Kleinbühlbergstraße 3.

Sie haben am 7. ds. Mts. gegen 6 1/2 Uhr abends in hiesiger Stadt eine sogenannte Sokolische polnische Nationalität, welche geeignet ist, die öffentliche Ruhe und Sicherheit zu gefährden, verbotswidrig öffentlich getragen. Die Uebertretung wird bewiesen durch das Zeugnis des Polizeiergenten Metzger hier. Es wird deshalb gegen Sie auf Grund der Kreispolizeiverordnung vom 10. 6. 98, eine bei der Stadtkasse Stehle zu erlegenden Geldstrafe von 3 Mk., an dessen Stelle im Unvermögensfalle ein Tag Haft tritt, erkannt.

10 Bg. sind für Porto beizufügen.

Die Polizeiverwaltung.  
Es müssen in Deutschland wirklich bedenkliche Zustände herrschen, wenn durch das Tragen einer Mütze schon die öffentliche Ruhe und Sicherheit gefährdet wird. Der obige Straßespiel liefert den Blickwinkeln wieder willkommenen Stoff.

Von Mexikaner Verhöhnung der Schulkinder gegen die Sozialdemokratie zeugt der Aufsatz eines 10jährigen Knaben des Schulbezirks St. Josef zu Aachen. Der Aufsatz, der die Frucht des von einem Kaplan abgehaltenen Religionsunterrichts ist, lautet: „Ein Sozialdemokrat sah in der Schente und sprach: „Nun bin ich froh, daß meine

Frau nicht mehr nach der Kirche geht.“ Als der besoffene Mann später nach Hause kam, lagen seine Kinder und seine Frau mit durchschnittenem Halse im Zimmer. Auf dem Tische lag ein Brief, worin es folgendermaßen hieß: „Wir jetzt konnten wir es noch einigermaßen aushalten, so lange er das Geld vertrant und uns oftmals hungern ließ, jetzt, wo sie noch geknagungen wurden, den Glauben zu verlieren, könnten sie nicht mehr leben und gingen in den Tod.“ — So erzählt man die Jugend. Man pflanzte in die Kindesseele schon Haß und Verachtung, trüffelt Vorstellungen in die Gedankenwelt der Kinder, daß sie in jedem Faulenzer, Säufler und Mörder einen Sozialdemokraten erblickten. Dabei aber gibt es in der ganzen Welt keine Stadt, die so viel fromme und zugleich ultramontane Ehebrecher, Rassenräuber, Totschläger usw. hervorgebracht hat, als das katholische Aachen.

Militärjustiz. Vor dem Oberkriegsgericht in Koblenz wurde folgende Sache verhandelt: Zwei Lateroffizierschüler aus Tübingen gerieten aus geringem Anlaß in Streit auf der Stube, so daß einer seinem Kameraden einige Schläge ins Gesicht versetzte. Der Geschlagene war nun unglücklichweise der sogenannte Stubenälteste. Die beiden waren angetrunken, sie standen auf bestem Fuße miteinander und waren zusammen auf der Wochschule in Breisch eingetretet. Das Oberkriegsgericht verurteilte den 18-jährigen Füller nach wegen Ungehorsams gegen die Dienstpflicht und tätlichen Angriffes gegen einen Vorgesetzten zu einem Jahre und einer Woche Gefängnis! Das Kriegsgericht der 15. Division hatte den Angeklagten freigesprochen.

Der „Stellvertreter Gottes“ als Sittlichkeitswächter. Am 21. März besah sich die 17jährige Tochter eines Schneidemeisters aus Conspheym in der Contortafelne zu Mainz, um Arbeit bei dem Regimentalschreiber für ihren Vater zu holen. Als das Mädchen die Kasse betrat, ging gerade ein Schuhmann vor über, dem der 27jährige Sergeant Th. Georg von der 4. Komp. des 3. Reg. Nr. 87 aus dem 1. Stad. zu lief, das Mädchen sei „Gae“, die sei in der Kasse umhergestreift und habe jedenfalls Besuche gemacht. Der Sergeant bezichtigte also das Mädchen als eine Blende. Der Schuhmann nahm das unglückliche Mädchen fest und brachte es auf den 3. Polizeistadt. Das Mädchen gab unter Tönen seinen Namen an und was es in der Kasse getan, worauf es sofort entlassen wurde. Der Vater des Mädchens stellte Strafantrag gegen den Sergeant wegen Beleidigung und Freiheitsberaubung, worüber das Kriegsgericht der 21. Div. am letzten Sonntag verhandelte. Der Angeklagte will dem Schuhmann die Angaben nicht gemacht haben. Kriegsgerichtsrat Bergmann führte aus, daß die Handlung des Angeklagten eine niederwärtige gewesen; das Schändliche, was einem anständigen Mädchen angetan werden könnte, habe der Angeklagte getan. Er beantragte zwei Monate Gefängnis und bedauerte nur, daß nicht die Möglichkeit der Degradation gegeben sei. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu zwei Wochen Gefängnis. Milde mit falls das Gericht, daß der Angeklagte in gutem Glauben gehandelt und bemüht gewesen sei, die Ordnung (!) in der Kasse anzurecht zu erhalten. — Es ist schwer, diese Begründung des Urteils ohne eine lässige Bemerkung hinzunehmen.

Aus einer „Erziehungsanstalt.“ Der seltene Fall, daß ein Gerichtshof sich alle Mühe geben muß, einem Angeklagten seine Unschuld nachzuweisen, während dieser hartnäckig darauf besteht, Diebstähle verübt zu haben, kam am 2. Juni in Mainz vor. Der 17jährige Zwangszugling Johann Steinbrech war innerhalb dreier Monate siebenmal aus der Erziehungsanstalt Klein. Zimmer entflohen. Um nicht mehr in die verhaftete Anstalt zu kommen, beschuldigte er sich, im Februar hier mehrere Diebstähle verübt zu haben. Die Strafkammer mußte ihm seine Unschuld förmlich nachweisen. Er war aber nicht davon abzubringen, daß er gestohlen habe. Er wurde freigesprochen und kommt jetzt in die Erziehungsanstalt nach Bonn. — Es läßt doch auf seltsame Verhältnisse schließen, wenn ein junger Mensch um jeden Preis lieber ins Gefängnis als in die Erziehungsanstalt will.

Schreckentat eines Knaben. Der 5 Jahre alte Pfingstsohn des Hofbesizers W. in Fühberg sperrte zwei kleine Mädchen von 2 und 3 Jahren, Töchter von Nachbarn, mit denen er spielte, in einen Stall und zündete diesen an. Die Kinder, die verzweifelte aber vergebliche Befreiungsversuche gemacht hatten, verbrannten.

Kaum glaublich, aber wahr. In einer Wirtschaft in Nürnberg saßen jüngst früh gegen 2 Uhr Gäste beisammen und diskutierten. Im Verlaufe des Gesprächs kam man auf die Revolution von 1848 zu sprechen, wobei einer

der Beteiligten, der Bildhauer Röber, ein scharfes Urteil über das Verhältnis des bayrischen Königs Ludwig I. zu der spanischen Tärzein Lola Montez fällte. Bald darauf entstand ein persönlicher Streit zwischen Röber und dem Monteur Winter, wobei Winter von Röber beleidigt wurde. Winter rächte sich nun dadurch, daß er auf die Polizeiwache lief und Röber wegen Majestätsbeleidigung denunzierte. Ein längst verfallener König kann nun allerdings nicht mehr „majestätsbeleidigt“ werden, aber man wußte sich mit dem Groben. Anfang Paragraphen aus der Not zu helfen und verurteilte Röber zu 7 Tagen Gefängnis, weil der Denunziant an der Neuerung „Vergernis“ genommen hatte. Dabei wurde aber nicht in Betracht gezogen, daß die stittliche Entschuldigung über das unpatetische Verhalten Röbers dem braven Mann erst gekommen war, nachdem er sich von jenem gekränkt gefühlt hatte. Auf erhobenen Einspruch wurde die Gefängnisstrafe in 25 Mark Geldstrafe umgewandelt.

Frauen ohne Namen. Es ist im Auslande fast unbekannt, daß die koreanischen Frauen keinen eigenen Namen tragen. Einem Japaner, der sich bereits drei Jahre lang in Korea aufgehalten hatte, um Land und Leute zum Gegenstand seiner Studien zu machen, kam plötzlich der Gedanke, daß er während seines dreijährigen Aufenthalts noch niemals einen Frauennamen hatte rufen hören. Er besuchte gelegentlich einen vornehmen Koreaner und bat ihn in dieser Hinsicht um Aufklärung. „Ich finde es höchst befremdend,“ sagte der Japaner im Laufe der Unterhaltung zu seinem Gastgeber, „daß ich während der langen Zeit meiner Anwesenheit in Korea noch niemals Gelegenheit hatte, eine Frau bei ihrem Namen rufen zu hören, und bitte Sie deshalb, mir z. B. die Namen Ihrer wertigen Frau Gemahlin und Fräulein Tochter zu nennen.“ Der koreanische Gelehrte fragte, augenscheinlich aufs höchste erstaunt: „Haben denn in Japan alle Frauen Namen?“ und entgegnete, als der Japaner dies lächelnd bejahte: „In Korea haben alle die Frauen des allerhöchsten Adels, sowie die Könige (Sängerinnen) und Shogun (Freiherren) ihre Namen. Die koreanischen Töchter und Schwestern tragen solche nicht und werden von ihren Eltern und Geschwistern nur mit Namen bezeichnet, falls man ihrer bedarf. So rufe ich meine Töchter: Nummer 1, Nummer 2 und so fort.“ Die verheirateten Frauen führen, wie die Zeitschrift „Ostasien“ mitteilt, ihren angebornen Familiennamen als Rufnamen. Sie haben nicht nur von den Männern, sondern auch von der Frauwelt wenig geachtet und haben aus diesem Grunde wohl auch nur selten Gelegenheit, außer durch ihre Familienmitglieder von irgend jemand gerufen zu werden. In Korea braucht man bei Geburt eines Kindes den Behörden keine Anzeige von dem großen Ereignis zu machen. Man kann sich allein aus diesen Grunde ein Bild von der Zuerlässigkeit der Statistiken gelegentlich einer Volkszählung in Korea entwerfen, da diese lediglich nur auf Vermutungen gestützt sind.

### Literarisches.

Vom „Süddeutschen Postillon“ erschien eine Spezialnummer: Epilog zur Schillerfeier. Auf dem Titelbild: Wiber die politischen Blickblätter leuchtet das nette Kleeblatt der maßvollen grünen Reaktion. Im Mittelbild sehen wir Schiller in Herkules, konservativer, in liberaler und revolutionärer Auffassung. Ebenso kritisch durchdacht und farbenprächtig sind die Schiller'schen Herren im Schlussbild: Satiristaktion. Gebraut aus einer Reihe kleiner Illustrationen hebt sich der Text heraus: Berliner Jubelstimmung (Gebicht) General Trotha an die Namaqua's. — Ernst Raar, das Denkmal des Erbprinzen, Südwestafrikanische Justiz (Gebicht) und zahlreiche Kleinbeiträge.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 36. Heft des 23. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Parlamentarismus und Proletariat. — Die sozialdemokratische Bewegung in Belgien vor 1848. Von Louis Bertrand. (Schluß.) — Der Kongress von Köln. Von H. Kautsky. — Partei und Einheit in England. Von Th. Rothstein. — Der geplante Wahlrechtsreform in Hamburg. — Literarische Rundschau: Stefan Großmann, Desterreichische Strafanstalten. Von Theresie Schlingens. — Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von 3,25 Mk. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pfennige. Dasselbe ist in der Buchhandlung von Friedr. Meyer u. Co. erhältlich. — Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

vogel! Wenn ich eine Million hätte, sollten Sie dieselbe haben.“

„Ich bin mit der Hälfte zufrieden,“ fiel sie ein, „aber die muß ich sehen.“

„Gewiß?“

„Ganz gewiß.“

„Es ist köstlich!“ rief Herr Werder. „Aber jetzt lassen Sie uns ernsthaft sprechen, liebste Dorothea. Rühnigen Sie morgen Ihre Stelle und zum Abend komme ich her und bringe es Ihnen schriftlich mit, was Sie überzeugen soll, daß ich für Sie Sorge.“

„Ich bin ganz ernsthaft, doch schwöre ich es Ihnen zu, ehe nicht eine halbe Million hier auf dem Tische liegt, kündige ich meine Stelle nicht.“

„Ich glaube wirklich,“ sagte er nach einer augenblicklichen Stille, und die Stimme klang großend und schwer, „Sie machen noch immer Spaß.“

„Nicht im Geringsten,“ versetzte sie, schelmisch den Kopf schüttelnd, „es hat alles seine Wichtigkeit. Ich verkaufe mich nicht anders, geehrtester Herr Werder, und wenn Ihnen der Preis zu hoch sein sollte, so tut es mir sehr leid, aber es geht wirklich nicht billiger.“

„Aber es ist ja Narrheit, reine Narrheit!“

„Sie meinen, ich sei nicht so viel wert? Es ist möglich, vielleicht auch nicht; ein Anderer zählt wohl noch weit mehr, läßt sein Leben für mich, wenn ich's haben will, und das ist ein Preis, zu dem alles Geld auf Erden nicht ausreicht.“

Die Stirn des reichen Herrn verfinsterte sich, seine runden Augen warfen eigentümlich spöttische Blicke auf die Näherin. „Ich meine es gewiß gut mit Ihnen,“ sagte er,

„aber Sie müssen auch verständig sein. Ich weiß, Sie haben ein Verhältnis gehabt mit dem Silbermann —“

„Ja!“ unterbrach sie ihn, „davon wollen wir garnicht sprechen.“

„Ich will Ihnen nur sagen,“ fuhr er fort, „daß es Ihr größtes Unglück sein würde. Der Mensch wird nie auf einen grünen Zweig kommen, und nächstens wird er dahin geworfen werden, wohin er gehört.“

„Wenn Jeder dahin geworfen würde, wohin er gehört,“ rief sie hastig, „so würden sehr Viele nicht da sitzen, wo sie sich breit machen. Aber, lieber Herr Werder, es hilft nichts, es bleibt bei der halben Million, keinen Pfennig weniger. Bedenken Sie es, überlegen Sie es und schlafen Sie recht wohl, denn es ist wirklich schon sehr spät heute, meine Augen fallen mir zu.“

Herr Werder stand auf und nahm Hut und Mantel. „Ich werde Ihnen nicht länger beschwerlich fallen,“ sagte er gereizt.

„Gewiß nicht beschwerlich,“ erwiderte sie, die Lampe ergreifend. „Ich werde Ihnen leuchten, bester Herr Werder, die Treppe ist dunkel.“

„Spotten Sie nicht zu sehr, mein schönes Kind,“ versetzte er, sich einhüllend. „Hochmut kommt vor dem Fall.“

„Nehmen Sie sich ja in Acht, die Stufen sind schmal. Und seien Sie nicht böse auf mich, es geht wirklich nicht anders. Es ist ja blutwenig, eine halbe Million.“

Sein Aerger nahm überhand. „Wenn die Mama anders wäre, würde sie Ihnen das Köpfchen zurecht setzen,“ sagte er; „aber ich sehe schon, was ich bin.“

Bei bescheidenen Lauten, besser Herr Werder, die viel vertrauen können,“ lachte sie und machte ihm einen tiefen

Antz. „Nehmen Sie fürlieb mit uns, wie wir sind, und erhalten Sie uns Ihr schätzbares Wohlwollen, bis Sie die halbe Million —“

Herr Werder rief die Tür auf, hinter der sich Silbermann in den Winkel drückte. „Zum Teufel mit dem ganzen Blunder!“ murmelte er.

„Bitte, behalten Sie uns in gutem Andenken,“ sagte Dorothea, die auf der Schwelle stehen blieb, „und vergessen Sie ja nicht, uns auch fernerhin zu besuchen, sobald die halbe Million —“

„Gewiß nicht, mein schönes Dorothea,“ antwortete Herr Werder, indem er sich umwandte.

„Sie sollen recht bald von mir hören. Ich hoffe, Ihnen so viel Freude zu bereiten, daß Sie sich immer meiner erinnern werden.“

„Gute Nacht, teuerster Herr Werder.“

„Gute Nacht, liebeswärtiger, kleiner Engel.“

Er schlug die Küchentür zu und Dorothea zog sich lachend zurück.

Niemand hatte dem Meister bemerkt, der jetzt nicht recht wußte, was er tun sollte. In die Stuben treten, sich den Frauen zeigen und sein Herz ausschütten, war das Nächste und Beste, ehe er aber noch dazu kommen konnte, hörte er ein Gespräch zwischen Mutter und Tochter beginnen, das ihn von seinem Vorhaben zurückhielt. Die alte Frau, welche so schweigend gewesen war, erhob jetzt ihre Stimme, und die Vorwürfe, welche sie aussprach, gingen ihn mit an und nahmen ihm alle Freundigkeit.

(Fortsetzung folgt.)